

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.22 - 63. Jahrgang

9. November 2013

Gedenken zum 9. November

Mit Gedenkveranstaltungen und Aktionen wird in Berlin rund um den 9. November an die Reichspogromnacht vor 75 Jahren und an den Fall der Mauer erinnert.

Berlin putzt Stolpersteine. Das Land Berlin und die Berliner Stolperstein-Initiativen rufen zur gemeinsamen stadtweiten Aktion am 9. November auf. Anlässlich des 75. Jahrestags der Novemberpogrome soll auf diese Weise aktiv an die Verfolgten und Deportierten dieser Stadt erinnert werden. Viele SPD-Abteilungen beteiligen sich daran.

„Schaufenster-Aktion“. Mit Fensterfolien in der Optik eingeschlagener Scheiben erinnern am Wochenende 9./10. November Berliner Kaufleute und Einzelhändler an die Pogrome vor 75 Jahren und beziehen damit Stellung gegen Intoleranz, Rassismus und Antisemitismus.

Gedenkveranstaltung am Brandenburger Tor. Der Höhepunkt und Ausklang des Themenjahres „Zerstörte Vielfalt“ findet am Sonntag ab 17 Uhr am Brandenburger Tor statt, wo eine Projektion von mehr als 200 Porträts jener Persönlichkeiten erfolgt, die in den „Goldenen Zwanzigern“ Berlins Vielfalt prägten und von den Nationalsozialisten nach 1933 ausgegrenzt, verfolgt und ermordet wurden. Jugendliche stellen ihre Statements und Filme im Beisein von Margot Friedländer und Inge Deutschkron vor. Mit dabei: der britische Stargänger Daniel Hope.

Gedenken an die Maueroberer. Am heutigen Sonnabend wird um 10 Uhr ein „Posaunenruf“ an der Gedenkstätte Bernauer Straße (Ackerstraße, 13355 Berlin) erklingen. Anschließend werden im Beisein des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit Rosen an der Hinterlandmauer niedergelegt und Kerzen vor dem Denkmal Berliner Mauer entzündet. □

Landesparteitag:

Entscheidung weiter offen

Jan Stöß: Berliner SPD wird Koalitionsvertrag genau prüfen

Viel Skepsis gegenüber den Koalitionsverhandlungen ist dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel auf dem Berliner SPD-Landesparteitag entgegenschlagen. Gabriel hielt dagegen: „Die Leute wählen uns, damit wir Dinge für sie verbessern.“ Eine Partei wie die SPD, die Verbesserungen für die Menschen erreichen wolle, könne sich ein „Alles oder nichts“ nicht leisten. Gabriel zitierte Willy Brandt: „Man kann sich die Situation, in der man Politik machen muss, nicht aussuchen.“

In seiner Begrüßungsrede auf dem Landesparteitag hatte der Berliner SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß an die Ziele und Werte erinnert, für die sich die SPD-Mitglieder im Wahlkampf engagiert haben. Die Berliner SPD werde die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen unter diesem Gesichtspunkt genau prüfen.

Die Sorge in der Partei sei jetzt, so Gabriel, dass die SPD erneut Politik gegen ihren eigenen Identitätskern machen müsse. Gabriel stellte klar, er werde nicht mit einem Vertrag zu einem Mitgliedervotum antreten,

Unter Finanzierungsvorbehalt

Schwarz-rote Arbeitsgruppen mit ersten Zwischenergebnissen

Eine Mietpreiskontrolle bei Neuvermietungen, mehr Wohnungsneubau, Verbesserungen bei der Teilzeitarbeit, die Fortführung der Preisbremse bei Medikamenten, der Ausbau des schnellen Internets - in einigen Punkten haben die Arbeitsgruppen von CDU und SPD Übereinstimmung erzielt. Die schwierigsten Bereiche kommen noch.

Grundsätzlich, so SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, gelte bislang aber: „Alle Zwischenergebnisse aus den Arbeitsgruppen müssen von der Großen Runde bestätigt werden. Und weil viele Vorhaben auch Geld kosten, kann die letzte, verbindliche Entscheidung erst zum Schluss fallen – wenn alle Vorschläge auf dem Tisch liegen.“



Begrüßung auf dem Landesparteitag: Jan Stöß und der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel. Foto: Horb

wo genau das wieder passiere. Deshalb gehe es in den Verhandlungen auch um mehr als den Mindestlohn.

Auch auf dem Bundesparteitag der SPD in Leipzig werden die laufenden Koalitionsverhandlungen eine wichtige Rolle spielen. Die Rede des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel ist am 14. November vorgesehen. Den Folgetag bestimmen die Wahlen der Parteiführung, am Sonnabend werden die Delegierten zum SPE-Kongress gewählt. **BS □**

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER
STIMME ERSCHEINT IN DREI WOCHEN AM
30. NOVEMBER 2013.

IHRE REDAKTION

der PKW-Maut umgegangen werden kann oder welche Investitionen getätigt werden. Einig war sich die Große Verhandlungsrunde, dass Deutschland international seiner Stellung und Verantwortung gemäß wieder mehr tun muss, um Krisen mit Diplomatie und Prävention zu lösen. **BS □**

Die Stimme des sozialen Europa

Martin Schulz als Spitzenkandidat der SPE nominiert

Martin Schulz ist am Mittwoch durch das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) als sozialdemokratischer Spitzenkandidat bei den Europawahlen im Mai 2014 nominiert worden.

Martin Schulz habe, so der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, in den zurückliegenden Jahren als Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament und nunmehr als Präsident des Europäischen Parlamentes deutlich ge-

macht, dass er mit großer Tatkraft und viel Leidenschaft für ein anderes, besseres Europa kämpfe: Für ein Europa, in dem wirtschaftliche Stärke und soziale Gerechtigkeit die konstitutiven Pfeiler des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells sind, in dem die Bürgerinnen und Bürger vor allem über ein starkes Europäisches Parlament mitentscheiden können über die Zukunft der EU und für ein Europa, das friedlich und solidarisch nach innen und gegenüber unseren Partnern in der Welt

wirkt. Die Nominierung von europäischen Spitzenkandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten bei der nächsten Europawahl sei ein großer Schritt nach vorn für die europäische Demokratie, so Gabriel. „Erstmals werden Personen und mit ihnen verbundene Programme europaweit zur Wahl stehen. Das ist eine neue Dimension von europäischer Innenpolitik und kann eine lebendige politische Debatte über nationale Grenzen hinweg bei der Europawahl anregen.“ **BS** □



Eine Frage an Sylvia Yvonne Kaufmann:

Wie kann sich Europa vor Ausspähung schützen und die Bürgerrechte besser sichern?

Sylvia Yvonne Kaufmann ist Berliner Kandidatin für die Wahlen zum Europäischen Parlament

Gleich mehrere europäische Regierungschefs müssen derzeit annehmen, dass sie vom amerikanischen Geheimdienst abgehört wurden. Wie können die europäischen Staaten künftig in der Partnerschaft mit den USA ihre Interessen besser durchsetzen? Und gibt es Möglichkeiten, die Bürgerrechte in der EU besser zu schützen?

Offenbar kann kein EU-Staats- oder Regierungschef sicher sein, dass er in den vergangenen Jahren von amerikanischen Lauschangriffen verschont geblieben ist. Bürgerinnen und -Bürger aus allen EU-Mitgliedstaaten sollen millionenfach, geradezu flächendeckend, ausspioniert worden sein, allein monatlich 500 Millionen Daten von Bundesbürgern. Damit haben die Geheimdienste der USA, allen voran die National Security Agency (NSA), offensichtlich mit Rückendeckung von Regierungsstellen und von Präsident Obama, eindeutig den Rubikon überschritten. Mit Recht meinte der CSU-Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Uhl, dass sich die Amerikaner wie eine „digitale Besatzungsmacht“ benehmen.

Dennoch veranlasste dieser außergewöhnliche Vorgang den Europäischen Rat mitnichten, darauf angemessen, geschweige denn souverän zu reagieren. In Brüssel kreierte der Berg und gebar eine Maus. In ihrer am 25. Oktober 2013 verabschiedeten „Erklärung“ verwiesen die Staats- oder Regierungschefs lediglich auf „die große Besorgnis, die diese Ereignisse unter den eu-

ropäischen Bürgern ausgelöst haben“. Wie die verantwortlichen Offiziellen in den USA zogen auch sie sich auf die Feststellung zurück, dass die Nachrichtengewinnung „Bestandteil des Kampfes gegen den Terrorismus“ sei.

Diese Reaktion ist vollkommen inakzeptabel. Schließlich ist die Europäische Union keine „Hinterhofregion“ der USA. Mit sentimentalischen Appellen an die Adresse der US-Regierung allein ist es deswegen nicht mehr getan, um im transatlantischen Verhältnis wieder partnerschaftliches Vertrauen herzustellen.

Eine angemessene Antwort ist die Forderung des Europaparlaments, das SWIFT-Abkommen zur Übermittlung von Bankkundendaten an die USA sofort auszusetzen, denn hier geht es auch um sensibelste Wirtschaftsdaten. Ferner sollten die Verhandlungen über ein Transatlantisches Freihandelsabkommen auf Eis gelegt werden. Freien Handel und Wandel kann es nur geben, wenn die bürgerlichen Freiheitsrechte garantiert sind und auch die europäische Wirtschaft vor Ausspähung geschützt ist. Auch die umstrittene Weitergabe von Fluggastdatensätzen (PNR) an und deren Speicherung in den USA gehört auf den Prüfstand.

Da die EU-Institutionen in Sachen Geheimdienste keine Kompetenz besitzen, kommt es auf die EU-Mitgliedstaaten an, die gegenüber den USA souverän agieren und möglichst mit einer Stimme sprechen müssten. Eine Voraussetzung dafür ist, dass die seit langem geplante neue europäische Datenschutzverordnung baldmöglichst verabschiedet und darüber hinaus zur Grundlage eines transatlantischen Datenschutzabkommens gemacht wird. Dies wäre für den Schutz der Rechte der in der EU lebenden Bürgerinnen und Bürger

von zentraler Bedeutung. Außerdem muss sich Europa technologisch von den USA unabhängiger machen und künftig mehr eigene Kommunikationsstränge aufbauen und diese absichern.

Mit der Offenlegung der Machenschaften der NSA hat Whistleblower Edgar Snowden den Bürgerinnen und Bürgern in Europa jedenfalls einen Riesendienst erwiesen. Seine Hinzuziehung bei der weiteren Aufklärung ist unverzichtbar. Interesse verdient, dass sich der Sonderausschuss gegen organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäsche (CRIM) des Europaparlaments für eine deutliche Stärkung der Rechte von Whistleblowern ausgesprochen hat, die Missstände in Unternehmen und Verwaltungen transparent machen.

Bis zur Europawahl am 25. Mai 2014 veröffentlicht die BERLINER STIMME Fragen an Sylvia-Yvonne Kaufmann zur europäischen Politik. Gerne geben wir auch Ihre Fragen weiter. Schicken Sie sie uns einfach per Mail an berliner.stimme@spd.de oder per Postkarte an Berliner Stimme, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin

Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Energiepolitik:

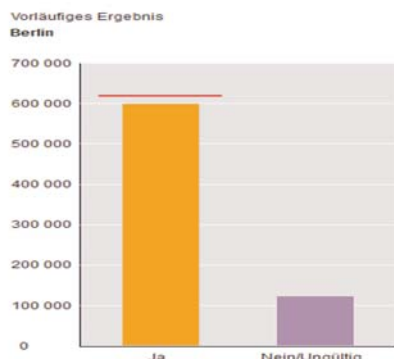
Öko-Stadtwerk vernünftig ausstatten

Volksentscheid knapp gescheitert - SPD sieht Rückenwind für Rekommunalisierung

Der Volksentscheid zum Stadtwerk hat das Zustimmungsquorum von 25% knapp verpasst, es fehlten 21.734 Ja-Stimmen.

Nach Veröffentlichung des Abstimmungsergebnisses äußerte sich der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß zufrieden: „Die Berlinerinnen und Berliner haben in ihrer Mehrheit unsere Auffassung geteilt, dass der Volksentscheid nicht nötig ist, um die öffentliche Daseinsvorsorge in Berlin voranzubringen. Wir haben aus eigener Kraft und Überzeugung die Netzbewerbung auf den Weg gebracht und das Berliner Stadtwerk gegründet. Außerdem sind die Weichen dafür gestellt, dass die Berliner Wasserbetriebe bald wieder zu 100% landeseigen sind. An diesem Kurs der Rekommunalisierung werden wir festhalten, das hat der Landesparteitag der Berliner SPD erst am Samstag geschlossen bekräftigt.“ Zur Häme biete das Abstimmungsergebnis aber keinen Anlass, so Stöß: „Auch wenn das notwendige Quorum knapp nicht erreicht wurde, verdient der Berliner Energie-tisch Respekt für seine engagierte Kampagne.“

Der Regierende Bürgermeister Klaus Wo-



Das Quorum knapp verfehlt: Ergebnis des Volksentscheids. Quelle: Landeswahlleiterin

wereit sieht im Ergebnis des Volksentscheids eine Bestätigung für die Linie des rot-schwarzen Senats. Die Vorarbeiten zur Gründung eines Stadtwerks würden von den Berlinerinnen und Berlinern anerkannt. „Die breite öffentliche Debatte in den vergangenen Wochen hat auch gezeigt, wie wichtig vielen Berlinerinnen und Berlinern diese Themen sind. Das sollten wir alle als Rückenwind zur Umsetzung der Energiewende verstehen“, so Klaus Wowerit.

Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus Raed Saleh ist der Ansicht, dass der Volksentscheid hilfreich war: „Ohne dessen Engagement wäre in den entscheidenden Momenten wohl nichts passiert.“ Nun müsse das vom Abgeordnetenhaus gegründete Stadtwerk so ausgestattet werden, dass es funktioniert.

Die Berliner SPD hatte am Sonnabend vor der Abstimmung mit überwältigender Mehrheit den Antrag „Für ein Berliner Öko-Stadtwerk“ beschlossen. Darin bekennt sich die Berliner SPD zu starken öffentlichen Betrieben. Sie will dafür Sorge tragen, dass das neue Öko-Stadtwerk als qualifizierter, engagierter und wettbewerbsfähiger Dienstleister am Markt auftreten kann, „der den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Zielen des Landes Berlin verpflichtet ist.“ Für die schnellstmögliche Eigenproduktion von erneuerbaren Energie durch das Öko-Stadtwerk seien insbesondere die Potenziale auf den Flächen der Berliner Stadtgüter zu nutzen, heißt es im Beschluss. Vattenfall signalisierte inzwischen Bereitschaft zur Kooperation bei den Stromnetzen - auch als Minderheitsbeteiligung.

R. H. / BS □

Wohnen:

Ein Baustein gegen den Wohnungsmangel

Zweckentfremdungsverbot als Gesetz auf den Weg gebracht

Die Zweckentfremdung von Wohnungen soll in Berlin künftig verhindert werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf, so die wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Iris Spranger, hat der Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr im Berliner Abgeordnetenhaus jetzt auf den Weg gebracht.

„Der Wohnungsmarkt in Berlin hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert“, so die SPD-Abgeordnete zur Begründung. „Es ist eine Verknappung von Wohnraum, besonders in den unteren Preissegmenten und dem Stadtzentrum, eingetreten. Angesichts dieser Entwicklung sollte Wohnraum nicht frei und uneingeschränkt dem Wohnungsmarkt entzogen werden können. Mit dem Zweckentfremdungsverbot-Gesetz soll das Wohnraumangebot in Berlin erhalten werden, indem die Umwandlung von Wohn- in Gewerberaum oder Ferienwohnungen begrenzt wird.“

Gleichzeitig stelle das Gesetz aber auch sicher, dass Einrichtungen der sozialen Infrastruktur wie z.B. Arztpraxen, einen Be-

standsschutz haben und genehmigungsfähig sind. Für die Geltung und räumliche Definition des Zweckentfremdungsverbots ist eine Rechtsverordnung erforderlich, die derzeit erarbeitet wird.

Durch die Nutzung als sogenannte Ferienwohnungen geht der Wohnraum zur Nutzung für eine dauerhafte Vermietung verloren. Deshalb gilt das Verbot insbesondere für die wiederholte kurzfristige nach Tagen oder Wochen bemessene Überlassung an ständig wechselnde Feriengäste.

Nicht betroffen sind befristete Vermietungen an Personen, die ihren Lebensmittelpunkt für einen begrenzten Zeitraum nach Berlin verlagern, beispielsweise entsandte Arbeitnehmer, Au-pair-Mädchen, Schauspieler, Botschaftsangehörige, Stipendiaten, Praktikanten etc.

Durch das Gesetz soll auch der Abriss oder spekulative Leerstand in der Stadt verhindert werden. Ausnahmen macht das Gesetz, wenn trotz geeigneter Bemühungen über längere Zeit nicht wieder vermietet werden konnte oder ein zügiger Umbau oder eine Modernisierung ansteht. Auch

Zweitwohnungen sind nicht vom Verbot betroffen.

Die gewerblichen Mietverträge für Wohnräume und deren sonstige zweckfremde Nutzungen, die bereits vor Inkrafttreten eines Zweckentfremdungsverbot-Gesetzes bestanden haben, sind bis zum Auslaufen des jeweiligen Vertrags weiter geschützt. Das Gleiche gilt für eingerichtete und ausgeübte gewerbliche oder freiberufliche Betriebe, deren Fortführung in den betreffenden Räumlichkeiten gewährleistet wird. Für Vermietungen von Ferienwohnungen und im Beherbergungsgewerbe ist eine Übergangsfrist von zwei Jahren vorgesehen, um dem jeweiligen Eigentümer ausreichend Zeit zu gewähren, sich auf die neue Rechtslage einzustellen.

Im Einzelfall sollen zweckfremde Nutzungen genehmigt werden, z.B. wenn Wohnraum zur Versorgung der Bevölkerung mit sozialen Einrichtungen, Betreuungseinrichtungen oder für Erziehungs-, Ausbildungs-, Betreuungs- oder gesundheitliche Zwecke verwendet werden soll.

BS □

Ertüchtigte S-Bahn

Ältere Wagenreihen bleiben länger in Betrieb

„Wir bitten um Ihr Verständnis.“ Das ist noch immer die häufigste Ansage auf S-Bahnhöfen. Züge verspäten sich oder fallen aus. Ein Expertenkreis hat sich jetzt mit den laufenden Maßnahmen zur Stabilisierung des S-Bahn-Verkehrs und mit dem künftigen Bedarf beschäftigt.

Die Experten bescheinigten der S-Bahn, die „ermittelten technischen Probleme überwiegend abgearbeitet bzw. entsprechende Maßnahmen eingeleitet zu haben“. Das vertraglich vereinbarte Niveau wurde jedoch nicht erreicht. Das Gremium empfiehlt in seinem Bericht, die alten Bau-reihen 480 und 485 instandzusetzen, um ab 2017, wenn eigentlich ein Viertel der Flotte ersetzt werden sollte, einen zuverlässigen S-Bahn-Betrieb gewährleisten zu können. Die neuen Wagen werden voraussichtlich erst 2022 vollständig ausgeliefert sein.

„Die Experten haben gezeigt“, so Christian Gaebler, Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, „dass die Ertüchtigung und der Weiterbetrieb der Altbaureihen 480 und 485 über das Jahr 2017 hinaus nicht nur möglich, sondern sinnvoll ist. Unser Ziel ist es nun, dass die identifizierten zusätzlichen Maßnahmen möglichst schnell eingeleitet werden. Dazu werden wir uns zeitnah mit der S-Bahn Berlin GmbH abstimmen.“

„Mit unseren erweiterten Werkstattka-



S-Bahn: immer wieder Zugausfälle. Foto: Horb

pazitäten und qualifiziertem Instandhaltungspersonal werden wir unsere Kraft in die Bewältigung dieser Herausforderung stecken“, versprach Peter Buchner, Vorsitzender der Geschäftsführung der S-Bahn Berlin GmbH. **BS** □

Abgeordnetenhaus:

Führung: Juden im Berliner Parlament

Die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin e.V. (GCJZ) lädt am Montag, 18. 11. 2013, um 18 Uhr zu einer Führung und einem Gespräch zum Thema „Juden im Berliner Parlament“ mit Andreas Kugler, MdB, Vorsitzender des Petitionsausschusses und Kurator der GCJZ Berlin. Treffpunkt: Abgeordnetenhaus Berlin, Niederkirchnerstraße (20 Min. vorher am Eingang). Anmeldung ist erforderlich bis 11. November bei gcjz.berlin@t-online.de. **BS** □

Parlamentsreform:

Mehr Bürgernähe durch Wahlkreisbüros

Berlins Abgeordnete sollen mehr Geld für Mitarbeiter bekommen und Wahlkreisbüros einrichten können. Das sind Überlegungen der Fraktionen von SPD, CDU, Linke und Piraten im Rahmen einer geplanten Parlamentsreform. So sollen die Gelder für Mitarbeiter von 580 auf 3000 Euro steigen, die steuerfreie Pauschale für das Büro von 1000 auf 2500 Euro. Die Diäten sollen auf dem bisherigen Stand von 3477 Euro brutto bleiben. Leicht erhöht werden sollen die Zuwendungen für Bezirksverordnete. Mit einer Verfassungsänderung soll die Zahl der Senatsmitglieder von 8 auf 10s steigen. Derzeit decken vor allem die Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und für Bildung eine Vielzahl unterschiedlicher Bereiche ab.

Mitte:

Ulrich Davids tritt als Stadtrat zurück

Zum Ende des Jahres will Mittes Schulstadtrat Ulrich Davids sein Amt aufgeben. In seiner Begründung schrieb er: „Angesichts des großen Spardrucks, dem der Bezirk Mitte als Konsolidierungsbezirk und dort insbesondere meine Ressorts ausgesetzt sind, sehe ich keine hinreichende Möglichkeit mehr, meine Vorstellungen von Kinder-, Jugend- und Schulpolitik umzusetzen.“ Die SPD Mitte will zügig die Nachfolge regeln. **BS** □

„Teilhabe auch für Flüchtlinge“

Zweites Treffen der integrationspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der SPD in den Bezirken

Vergangene Woche haben sich zum zweiten Mal die integrationspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der SPD BVV-Fraktionen getroffen. Initiiert wurde das erste Treffen im Juli durch die integrationspolitische Sprecherin der SPD BVV-Fraktion in Charlottenburg-Wilmersdorf, Carolina Böhm, und der AG Migration und Vielfalt in der Berliner SPD.

Ziel der nun unregelmäßig stattfindenden Treffen ist primär der inhaltliche Austausch zwischen den Bezirken, der schon mit parallel in den BVVen eingebrachten Anträgen zur Finanzierung von Projekten im Integrationsbereich erste Auswirkungen zeigte. Darüber hinaus soll mit der Gruppe ein weiterer Akteur in den integrations- und migrationspolitischen Debatten etabliert werden, der sich innerhalb und außerhalb der Parteiarbeit Gehör verschaffen soll.

So geschehen auch beim Landesparteitag



Zweites Treffen der integrationspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der SPD BVV-Fraktionen mit dem Schwerpunkt Flüchtlingsunterbringung.

mit einem Brief an die Antragskommission, mit der Bitte um die Unterstützung von Anträgen zur Wohnsituation von Flüchtlingen. Im Rahmen der zweiten Runde und des Briefes hielten die integrationspolitischen Sprecherinnen und Sprecher fest, worauf bei der Unterbringung in Gemein-

schaftsunterkünften verstärkt geachtet werden sollte:

„Für uns sind u.a. folgende Anforderungen bei der Unterbringung in Gemeinschafts- und Notunterkünften sehr wichtig, zu denen wir zukünftig uns stärker in die Debatten einbringen werden:

- Dass Qualitätsanforderungen konkretisiert werden und die Einhaltung durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales kontrolliert wird.

- Dass Qualitätskontrollen bei den Betreiberfirmen durchgeführt werden.

- Dass Teilhabe auch für Flüchtlinge ein Ziel sein muss.

- Und dass bürgerschaftliches Engagement rund um und in Gemeinschaftsunterkünften gefördert werden muss.“

Das nächste Treffen der Sprecherinnen und Sprecher ist für das kommende Frühjahr angesetzt. Thematisch und strukturell wird dabei die Gruppe flexibel auf aktuelle Ereignisse und Diskussionen reagieren. □



Gleich mehreren Mitgliedern konnte Jan Stöß zu 40, 50 oder 60 Jahren Mitgliedschaft gratulieren, darunter auch Elga Kampffhenkel, 1985-1999 Abgeordnete und seit 1963 Mitglied.



Sigmar Gabriel führte auf dem Berliner SPD-Landesparteitag eine intensive Debatte und setzte sich auch mit der Kritik an den Koalitionsverhandlungen auseinander.



Wurde Mitglied 17.000: Christoph Oesterle aus Friedrichshain-Kreuzberg. Auf dem Landespartei hießen ihn Sigmar Gabriel und Jan Stöß willkommen. Fotos: Horb

„Prüfen, was besser gemacht werden kann“

Fortsetzung von Seite 1 - Landesparteitag und Landesvertreterversammlung der SPD

Die SPD habe dafür gekämpft, dass niemand trotz Arbeit arm sein müsse, dass man von der Rente im Alter leben kann, dass es eine gleiche Teilhabe von Männern und Frauen gibt und eine Teilhabe von Menschen ohne deutschen Pass, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß in seiner Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD. Die SPD müsse sich jetzt die Zeit nehmen, die Ursachen für das unbefriedigende Ergebnis zu analysieren. Einen möglichen Grund nannte Stöß: Zu keinem Zeitpunkt habe es eine ernsthafte Machtoption für Rot-Grün allein gegeben. Es dürfe „nie wieder dazu kommen, dass wir vor der Wahl sagen, wir reden mit der Linken nicht“, so Stöß. „Da kommt Arbeit auf uns zu, aber da kommt auch Arbeit auf die Linke zu.“

Der SPD-Landesvorsitzende würdigte den Prozess, der von Sigmar Gabriel nach den Wahlen mit der Einberufung des Parteikonvents in Gang gesetzt worden sei. „Wir müssen uns daran gewöhnen, dass diese Transparenz der Standard in der SPD ist.“ Gabriels Vorstoß sei „mutig und es ist ja keineswegs ausgestanden, wie das am Ende ausgeht.“ Die Berliner SPD werde sehr intensiv die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen prüfen.

Gabriel warb für eine sachliche Diskussion und widersprach allen, die Koalitionsgespräche mit der CDU aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnten. Es komme darauf an, was im Einzelfall erreicht werden könne. In seiner Antwort auf die Debattenbeiträge vor allem aus dem Bereich der AfA wies der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel auf die Haltung der Gewerkschaften hin, die eine Regierungsbeteiligung der SPD positiv sehen. Sie erwarten, dass die SPD Reformen zum Gegenstand ihrer Politik mache „und nicht Abwarten“. Gabriel rief dazu auf, nicht die innerparteilichen Bedürfnisse zum Maßstab zu machen, sondern auch auf die Erwartungen der Menschen zu achten und auf die Erwartungen der europäischen Partner. Gabriel mahnte

einen solidarischen Umgang in der Debatte an und erinnerte daran, woher das Du in der SPD stamme: „Bei allem, was uns trennt, ist das Verbindende viel mehr.“

Der SPD-Vorsitzende rief dazu auf, sehr sorgsam das Gesamtergebnis zu betrachten, den Korb, den man bekomme, mit dem zu vergleichen, den man nicht bekomme und die Entscheidung nicht von Einzelfragen abhängig zu machen, die einem persönlich am Herzen liegen. „Jedes einzelne Mitglied hat am Ende die Verantwortung, so zu entscheiden, als wären sie Vorsitzende“, so Gabriel. Die Mitglieder seien völlig frei in ihrer Entscheidung. Mit der Briefwahl ermögliche es die SPD auch den 80 Prozent der Mitglieder, mitzuzustimmen, die nicht zu den Versammlungen kommen. Es gehe darum zu prüfen, was besser gemacht werden könne, und nicht zuzuschauen.

In der Diskussion hatten Delegierte vor dem Gang in eine große Koalition gewarnt. Die SPD könne ihre Positionen viel deutlicher in der Opposition durchsetzen. Sie werde in der Großen Koalition zu Kompromissen gezwungen, die ihr langfristig schaden würden. Einzelne Delegierte kritisierten das Verfahren und wiesen darauf hin, dass der Parteikonvent nicht öffentlich tagte.

Stadtentwicklungssenator Michael Müller betonte die Bedeutung des Themas Wohnen und Mieten für die Zustimmung zum Koalitionsvertrag. Es müsse eine Mietpreisbremse bei Neuvermietungen geben. Und der Bundesbauminister müsse endlich wieder Bauminister sein und nicht nur PKW-Minister.

Birgit Monteiro wies auf die Notwendigkeit einer offenen Debatte in der Partei hin, es müsse die Regel bleiben, dass der Konvent öffentlich tage. Die Gruppe „Das Wir entscheidet“ habe inzwischen über 1300 Mitglieder

Burkhard Zimmermann dankte all denen, die im Konvent gegen die Aufnahme

von Koalitionsgesprächen gestimmt hätten, damit sei auch der Preis hochgetrieben worden für eine Koalition, die er „nicht wolle“.

Robert Drewnicki warb dafür, die Mahnungen von Sigmar Gabriel ernst zu nehmen. Die SPD müsse herausgehen und mit den Menschen reden, so Robert Drewnicki, um deren Haltung zu einer Koalition herauszufinden. Es gelte zu klären, ob die „reine Lehre“ verlangt werde oder ob es nicht doch darum gehe, konkrete Verbesserungen für die Menschen zu erreichen.

Jörg Stroedter kritisierte, dass die Kritiker der Koalitionsverhandlungen zu wenig Möglichkeiten hätten, ihre Position in der Partei darzustellen. „Lasst Euch nicht einreden, wir müssten zwanghaft in eine Große Koalition hinein“, so Stroedter.

In der **Antragsberatung** folgte der Parteitag der Empfehlung der Antragskommission, den Diskussionsentwurf des Sozialpolitischen Antrags und die Änderungsanträge zunächst an die eingesetzte Kommission zur weiteren Überarbeitung zurückzuberweisen.

Der Landesparteitag sprach sich dafür aus, die Inklusion im Bildungsbereich auch finanziell abzusichern. Angenommen wurde nach mehreren Diskussionsbeiträgen auch ein Initiativantrag zum Erhalt der 19 Jugendsozialarbeiterstellen an Schulen, die gestrichen werden sollten. An den Bund ging die Aufforderung, die Jugendsozialarbeit wieder dauerhaft zu unterstützen.

Eine intensive Debatte löste der Antrag 40/II/2013 aus, der eine gesicherte Finanzausstattung der Bezirke fordert. Vor allem aus Sicht der Bezirkspolitiker sind hier Lösungen notwendig. Sie sollen in einer neu einzurichtenden Arbeitsgruppe des Landesvorstands mit Beteiligung aus der SPD-Fraktion, den BVV-Fraktionen und dem Geschäftsführenden Landesvorstand erarbeitet werden. Bis zum nächsten Landesparteitag im Mai 2014 sollen entsprechende Beschlüsse vorliegen. **uh** □

FRAKTION INTERN

Leichtathletik-EM in Berlin. Zur Vergabe der Leichtathletik-Europameisterschaft 2018 nach Berlin sagt der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Dennis Buchner: „Neun Jahre nach den Weltmeisterschaften wird 2018 wieder ein sportliches Großereignis der Leichtathletik in Berlin stattfinden. Wir freuen uns auf sportliche Wettkämpfe und viele Besucherinnen und Besucher. Sportliche Großereignisse sind auch ein Wirtschaftsfaktor. Viele, die wegen solcher Ereignisse nach Berlin kommen, besuchen die Hauptstadt danach auch wieder. Es war die richtige Entscheidung, mit dem Olympiastadion ein modernes Leichtathletik-Stadion vorzuhalten. Ein besonderer Dank gilt Klaus Wowereit und dem Präsidenten des Deutschen Leichtathletikverbands, Clemens Prokop, die die Bewerbung Berlins immer unterstützt haben.“

Bomba im Untersuchungsausschuss BER. Im Untersuchungsausschuss BER hat der Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Rainer Bomba die Geschäftsführung der Flughafengesellschaft schwer belastet. Der damalige technische Geschäftsführer Körtgen habe trotz kritischer Nachfragen aus dem Aufsichtsrat kein realistisches Bild vom Zustand der Baustelle gezeichnet. Der Sprecher der Geschäftsführung Prof. Dr. Schwarz habe zwar einen guten Flugbetrieb in Tegel organisiert, beim Risikomanagement des BER aber versagt. Der Sprecher der SPD-Fraktion im Ausschuss, Ole Kreins, sagt: „Wenn der Staatssekretär des Bundes sagt, das Risikomanagement der Flughafengesellschaft sei der prekären Situation nicht angepasst gewesen, dann hat die Geschäftsführung hier gravierende Fehler zu verantworten. Staatssekretär Bomba, selbst als Diplom-Ingenieur mit technischem Sachverstand ausgestattet, sah aber auch erhebliche Fragwürdigkeiten im Bereich der Planer des Flughafenbaus. So sei die Brandschutzanlage von von Gerkan zum Teil gegen die Gesetze der Physik geplant gewesen.“

Neues Tarifsystem der Bäderbetriebe. „Mit der Einführung eines neuen Preissystems nehmen die Berliner Bäderbetriebe zahlreiche Hinweise der Sportpolitikerinnen und Sportpolitiker der Koalition auf“, so der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Dennis Buchner. „Nach vielen Jahren des Einheitstarifs wird nun stärker auf die unterschiedlichen Kundenbedürfnisse eingegangen. Die neue Preisstruktur und die neuen Öffnungszeiten werden mehr Flexibilität bieten, zur besseren Verteilung der Besucherströme führen und die Bäderbetriebe konkurrenzfähiger gegenüber kommerziellen Anbietern machen.“ **cs □**

1. Todestag:

Viel für Berlin erreicht

29. November: Gedenkveranstaltung für Klaus Schütz

Mit einer Gedenkveranstaltung erinnern die Berliner SPD und die Historische Kommission am 29. November an den ersten Todestag von Klaus Schütz.

Knapp zehn Jahre lang bestimmte Klaus Schütz als Regierender Bürgermeister die Geschicke Berlins. Politik machte er, um konkrete Verbesserungen für die Berlinerinnen und Berliner durchzusetzen, denen er immer nah war. Der enge Weggefährte Willy Brandts, der das Amt in schwierigen Zeiten nach dem Rücktritt von Heinrich Albertz übernahm, gab den Menschen in der geteilten Stadt Zuversicht und Perspektiven. Die von ihm gegen viele Widerstände mit durchgesetzte Entspannungspolitik führte nach dem Vier-Mächte-Abkommen zu spürbaren Erleichterungen bei den Besuchsmöglichkeiten. Nach seinem Rücktritt im Mai 1977 folgten Stationen als Botschafter in Israel und als Intendant der Deutschen Welle. In den neunziger Jahren kehrte zurück in die Stadt, in der er seine persönliche wie politische Heimat gefunden hatte. Am 29. November 2012 starb er hier.

Am ersten Todestag würdigen der SPD-



Willy Brandt und Klaus Schütz 1972.

Foto: AdSD der Friedrich-Ebert-Stiftung

Landesvorsitzende Jan Stöß und der Kreisvorsitzende Christian Gaebler Klaus Schütz. In einer Gesprächsrunde, moderiert vom Vorsitzenden der Historischen Kommission Siegfried Heimann, erinnern der ehemalige Regierende Bürgermeister Walter Momper und die frühere Tagesspiegel-Redakteurin Brigitte Grunert an das Berlin der siebziger Jahre und die politische Leistung des SPD-Politikers. **BS □**

➔ Gedenken an Klaus Schütz, 29. November, 17:30 Uhr, Rathaus Wilmersdorf, BVV-Saal.

Erneuter Anschlag auf die SPD

Zerstörte Scheiben und Teerfarbe am Kurt-Schumacher-Haus

In der Nacht vom 27. Oktober zum 28. Oktober ist erneut ein Anschlag auf das Kurt-Schumacher-Haus der Berliner SPD erfolgt.

Gegen ein Uhr nachts bemerkte ein aufmerksamer Passant, dass ca. 3 bis 5 Personen die untere Fensterfront des Eingangsportals des Kurt-Schumacher-Hauses, des angrenzenden Wahlkreisbüros von Eva Högl und des Eingangsbereichs der Galerie des August-Bebel-Instituts (ABI) beschädigten. Durch das beherzte Eingreifen und das Alarmieren der Polizei konnte eine weitere Zerstörung verhindert werden.

Neben zerstörten Scheiben wurde wie schon im Mai 2013 die Fassade der Galerie durch ein Teergemisch beschmutzt. Es wird mit einem Sachschaden in Höhe von mehreren tausend Euro gerechnet. Seit August 2012 sei das bereits der 15. Anschlag auf eine SPD-Einrichtung in Berlin, so der PD-Landesvorsitzende Jan Stöß. „Dieser Zustand wird immer unerträglicher. Dieses Mal hat es mit dem ABI eine dezidiert linke Bildungseinrichtung getroffen, die sich überaus engagiert für demokratische Bildung einsetzt. Eines ist gewiss, das Ziel dieser Anschläge wird immer verfehlt werden: Wir werden nicht klein begeben und



Zerstörte Scheibe am Kurt-Schumacher-Haus.

unsere Arbeit für Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit fortsetzen.“

Ingo Siebert, Leiter des August-Bebel-Instituts, welches die Galerie im Kurt-Schumacher-Haus derzeit für eine Ausstellung und begleitende Veranstaltungen zu Carlo Levi nutzt, fügt hinzu: „Diese Tat, ein ums andere Mal, ist weder mutig, noch schlau, noch Zeichen eines engagierten Protests. Wer die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern will, muss es wie der italienische Antifaschist Carlo Levi, mit Worten und engagiertem gewaltfreien Handeln tun. Wer mutwillig das Eigentum anderer zerstört und Angst sähen will, schadet am Ende auch immer denen, für die er oder sie eintreten.“ **JoS □**

Ägypten:

Auf dem Weg zur Demokratie?

Peter Senft: Die Ausgrenzung wird fortgesetzt - Zaghafte Versuche, eine Zivilgesellschaft aufzubauen

Im Juli und August 2013 war Ägypten täglich in den Schlagzeilen. Jetzt wird es wieder unruhiger. Ist Ägypten wirklich auf dem Weg in die Demokratie?

25. Januar 2011 - der Funke des Arabischen Frühlings springt von Tunesien auf Ägypten über. Junge, gut ausgebildete Ägypter und unzufriedene, bürgerliche Kräfte stürzen 18 Tage später den Diktator Mubarak. Seit 2004 organisieren Arbeiteraktivisten betrieblichen Widerstand gegen harte Arbeitsbedingungen, Hungerlöhne und Willkür von Militär und Polizei. Die Vorstufe zum 25. Januar 2011 sind diese Arbeiteraktionen in den Industrieorten des Nildeltas, am Suezkanal und Kairo. Beide Strömungen kommen nur punktuell zusammen und haben für eine Revolution kein Konzept.

Sechs Wochen nach der Revolution im Januar 2011 stößt die glänzend organisierte Muslimbruderschaft (MB) in dieses Vakuum. Zwei Jahrzehnte hat sie in den Armenvierteln in ganz Ägypten Lebensmittel und Butangas verteilt, den Kindern eine Grundschulbildung ermöglicht und Wohnraum geschaffen. Die Defizite des Mubarak Regimes wurden gelindert und die MB hat immer darauf geachtet, dass diese Sozialarbeit eng mit den Moscheen in Verbindung gebracht wurde. Wie sich zeigte, eine gute Investition für die Wahlen.

Nach dem Sturz Mubaraks übernahm das Militär die Macht und regierte unangefochten bis Juni 2012. Zwischenzeitlich wurde ein Parlament mit zwei Kammern gewählt und bei den Präsidentschaftswahlen setzte sich im zweiten Wahlgang Staatspräsident Mursi, der Kandidat der MB, knapp aber klar durch.

Die Wahlen waren für ein Schwellenland auf einem hohen Niveau; die Wahlergebnisse wurden im Großen und Ganzen akzeptiert und Präsident Mursi etablierte sich mit seiner Regierung. Er schaffte es aber nicht, im Jahr nach seinem Amtsantritt am 30. Juni 2012 von einem Kandidaten der MB zu einem Präsidenten aller Ägypter zu werden. Er schickte kurz nach seinem Amtsantritt das Militär wieder in die Kasernen, erwarb außenpolitische Meriten mit dem von ihm initiierten Waffenstillstand zwischen Israel und Gaza und machte sich so die USA, die bis dahin den Weg Ägyptens kritisch begleitete, wieder zum Partner.

In Ägypten gibt es drei Machtblöcke. Das Militär, das nicht nur die Sicherheit garantiert, es kontrolliert als Staat im Staate 40% der Wirtschaftsmacht. Die Oligarchie der „Familien“, begründet durch Sadat beim



Peter Senft ist Sozialreferent an der Deutschen Botschaft in Kairo.

Wechsel der Ausrichtung von der Sowjetunion zur USA nach 1970 und durch eine Vettern- und Korruptionswirtschaft unter Mubarak mit enormen sozialen Verwerfungen für breite Bevölkerungskreise. Die dritte, unsichtbare aber enorm effektive Macht ist die Bürokratie.

In diese drei Blöcke kam die MB nicht hinein. Diese drei Blöcke bekämpften die MB erfolgreich mit Investitionszurückhaltung, Verknappung von Benzin und Stromausfällen. Der Unmut der Massen wurde geschürt und führte letztendlich zum Erfolg in den letzten drei Monaten.

Die muslimisch geprägte Verfassung vom November 2012 war ein Ausdruck der Unfähigkeit der säkularen Parteien, der Mehrheit der muslimischen Parteien in Parlament und Verfassungskonvent eine liberale Alternative gegenüber zu stellen. Unfähig, sich in der Opposition zusammen zu schließen verließen eine säkulare Partei nach der anderen den Verfassungskonvent ohne eine außerparlamentarische Alternative zu entwickeln. Wieder nutzte der MB seine Chance.

Durch Inflation und Arbeitslosigkeit verschärfte sich die wirtschaftliche Lage und zusammen mit Benzinknappheit und Stromausfällen wurde der Protest gegen Mursi und die MB auf die Straße getragen. Da auch das Parlament seit Oktober 2012 aufgelöst war und im Verfassungskonvent durch freiwilliges Ausscheiden keine Opposition aktiv war, gab es keine gewählte Institution, um sich gegen die Regierung Mursi zu artikulieren.

Der verständliche Unmut wurde durch interessierte Kreise des Militärs und der

Oligarchie für ihre Interessen genutzt und es kam zu blutigen Auseinandersetzungen, fast zum Bürgerkrieg.

Die Absetzung von Staatspräsident Mursi durch das Militär war ein, die Einsetzung eines Übergangspräsidenten Mansour, dem bis dahin höchsten Richter und die Ernennung einer Übergangsregierung durch ihn war ein geschickter Schachzug. Damit waren Militär und Oligarchie wieder an der Macht. Die Rebellion (Tamarod-) Bewegung hatte mit der Organisation von Unterschriften und Demos ihre Schuldigkeit getan und wurde an den Rand gedrängt. Im Ausnahmezustand und mit der Ausgangsperre, die weiterhin anhalten, konnte man die Führung der MB einsperren, aber eben nicht mundtot machen. Die MB agiert aus dem Untergrund und ihre über 10 Millionen Wähler kann man nicht von der Politik fernhalten.

NEUE VERFASSUNG OHNE DIE JUNGEN REBELLEN

Ein Rat der 50, eine vom Übergangspräsidenten eingesetzte Verfassungskommission, soll bis November einen Verfassungsvorschlag vorlegen, der nach einer vierwöchigen Beratung im ganzen Land zu einem Referendum führen soll. Im Rat der 50 fehlen aber die Jugendlichen von Januar 2011 und die Vertreter der neuen, demokratischen Gewerkschaftsbewegung. Bei Mursi hat das Ausland, auch Deutschland, vergeblich Inklusion aller politischen Gruppen gefordert. Die jetzt mit Hilfe des Militärs Regierenden setzen mit ihren Mehrheiten diese Politik der Ausgrenzung fort. Eine gefährliche Politik.

Täglich gibt es Demonstrationen mit Gewaltausbrüchen. Polizei und Militär polarisieren statt zu deeskalieren. Die alten Kräfte von vor Januar 2011 festigen ihre Positionen, die sie im Hintergrund nie aufgegeben hatten.

Gewerkschaften beginnen sich nach zermürbender Aufbauarbeit, die noch lange nicht abgeschlossen ist, in einer dem Sozialen Dialog feindlich gesonnenen Gesellschaft, zaghafte Versuche, eine Zivilgesellschaft mit Sozialem Dialog aufzubauen.

Für die säkularen Parteien wird es Zeit, sich zu Koalitionen zusammen zu schließen, um ein liberales und soziales säkulares Gegengewicht gegen MB und Salafisten zu schaffen. Bisher haben die Salonpolitiker die Jugendlichen und Gewerkschafter allein gelassen. Der Weg in die Demokratie in Ägypten ist noch hart und steinig.

Peter Senft □

„Es geht um einen sachlichen Austausch“

Birgit Monteiro: Sorge um die Zukunft der SPD

Es ist sicher ein außergewöhnlicher Schritt für Genossinnen und Genossen, vor dem Willy-Brandt-Haus am Tage des Parteikonvents zu einer öffentlichen Versammlung „WIR gehören dazu!“ aufzurufen. Warum haben wir das getan?

Wir kämpfen für eine Partei, in der „DAS WIR entscheidet.“ Die Mehrheit der Gliederungen der SPD lehnt eine Große Koalition ab. Sie hat sich mit Anträgen, Stellungnahmen und Beschlüssen zu Wort gemeldet. Während die SPD-Mitglieder regelmäßig per Mail von Sigmar Gabriel und Andrea Nahles über die Arbeit des Parteivorstandes informiert werden, sind streitbare Meinungen und Beschlüsse gegen eine große Koalition weder auf der SPD-Homepage noch in den zahlreichen Rundmails des Parteivorstandes zu finden. Wir erleben eine einseitige Informationsweitergabe von oben nach unten, in der die Vielfalt der politischen Debatten vor Ort und die Positionierungen der Gliederungen nicht vorkommen.

Nachdem die Genossinnen und Genossen im Wahlkampf an Wohnungstüren und Infoständen für „Das WIR entscheidet.“ geworben haben, standen sie beim Parteikonvent am 27.09.13 und 20.10.13 vor verschlossener Tür, obwohl dieser im Regelfall öffentlich tagt. (§ 28,6 des Organisationsstatuts der SPD, <http://www.spd.de/linkableblob/1852/data/>)

Mit dem Argument, Gespräche könne man nicht verweigern, stimmten die Delegierten des SPD-Konvents am 27.09. 13 der Aufnahme von Sondierungsverhandlungen und am 20.10.13 der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Union zu. Die Delegierten waren legitimiert, diesen Beschluss zu fassen. Aber auch jedes Mitglied hat das Recht, sich im Rahmen der Statuten an der politischen Willensbil-



Birgit Monteiro (z.v. r.) bei der Protestaktion vor dem Parteikonvent.

dung zu beteiligen. Wie können die Mitglieder ihren Willen, vermittelt durch die Delegierten, in den Konvent tragen, wenn einerseits das Antragsbuch nicht allen Mitgliedern und Gliederungen zugänglich ist und andererseits die zahlreichen Beschlüsse der Gliederungen gegen eine Große Koalition nicht bekannt gemacht werden? Die Mehrheit der Mitglieder der SPD stand bei der Frage der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen vor einer dreifach verschlossenen Tür.

In Sorge um die Glaubwürdigkeit und Zukunft der SPD

Wir sind davon überzeugt, dass es unserem Land vor allem dann gut geht, wenn es eine starke Sozialdemokratie gibt. Seit 2005 hat die SPD nicht nur fast 100.000 Mitglieder verloren, sondern auch Millionen Wählerinnen und Wähler, die wir auch in diesen Wahlen nicht zurückgewinnen konnten. Viele Genossinnen und Genossen haben in den vergangenen Jahren engagiert für einen politischen Kurswechsel der SPD gekämpft. Sie sind davon überzeugt, dass ein solcher Kurswechsel in einer Koalitionsregierung unter Merkel nicht möglich ist.

So erklärte Klaus Barthel, SPD-AfA-Bundesvorsitzender und einer der 31 Delegierten des Konvents, die mit Nein gestimmt haben, gegenüber der Presse am Ende des Konvents seine zweifellos berechnete Sorge, „dass wir auf eine Rutschbahn in Richtung Große Koalition geraten, von der wir nicht mehr runterkommen“. Auch den gesetzlichen Mindestlohn, längst Kernforderung der SPD, sieht er noch nicht gesichert. Und selbst wenn sich die Union darauf einlassen sollte: „Ich habe Sorge, dass wir einen viel zu hohen Preis dafür zahlen.“ (<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-10/SPD-Parteikonvent-Koalition-Regierung>)

Mit Merkel wird es und kann es keinen Politikwechsel geben!

Wir begrüßen, dass es immerhin am Ende der „Rutschbahn in Richtung Große Koalition“ ein verbindliches Mitgliedervotum geben wird. Wir empfehlen, die Wahlen zum Bundesvorstand bis dahin zu verschieben. Und wir fordern, dass in Vorbereitung des Mitgliederentscheids Chancengleichheit für Befürworter und Nicht-Befürworter der Großen Koalition hergestellt wird: Befürworter einer Großen Koalition und Nicht-Befürworter sollen das Recht haben, den Mitgliedern ihre Sichtweise per Rundmail, Homepage und in Druckerzeugnissen mitzuteilen.

Es geht uns nicht um Konfrontation, sondern um einen offenen und sachlichen Austausch über die Grundwerte der SPD und einen Politikwechsel für die Menschen in unserem Land. Es geht uns um eine offene, transparente und glaubwürdige SPD, in der alle Mitglieder entscheiden. Nur dafür streiten wir!

Birgit Monteiro □

für die Initiativegruppe „Das WIR entscheidet“. Kontakt: Auf Facebook über die Gruppe „Das WIR entscheidet!“, per Mail: birgit.monteiro@spd-lichtenberg.de

Das Mitgliedervotum wird in Form einer reinen Briefwahl durchgeführt. Dazu erhalten alle SPD-Mitglieder Briefwahlunterlagen (u. a. Wahlzettel, Erläuterung, Eidesstattliche Erklärung etc.).

Der Versand erfolgt an die Anschrift, an die auch regelmäßig der VORWÄRTS zugestellt wird. Falls nötig, sollten die Daten - als registriertes Mitglied auf SPD.de in „Mein Bereich“ oder beim Mitgliederservice der SPD Berlin, Müllerstr. 163, 13353 Berlin - aktualisiert werden. Das Mitgliedervotum wird gültig und verbindlich sein, wenn sich mindestens 20 Prozent al-

Informationen zum Mitgliedervotum

ler SPD-Mitglieder daran beteiligen. Sobald die Koalitionsverhandlungen beendet wurden und der Vertragstext vorliegt, wird er im Internet auf SPD.de veröffentlicht, per Email zugesandt und per VORWÄRTS-Sonderheft allen Mitgliedern zugeleitet - damit der Inhalt umfassend bekannt wird.

Der Abstimmungszeitraum wird voraussichtlich um das Wochenende 6. bis 8. Dezember sein. Bis dahin werden allen Mitgliedern ihre Abstimmungsunterlagen per Post zugestellt. Der Stimmzettel muss dann

zeitnah ausgefüllt und abgeschickt werden, damit er rechtzeitig wieder bei uns ist. Der Einsendeschluss für die ausgefüllten Abstimmungsunterlagen ist geplant für den 12. Dezember 2013. Die Auszählung erfolgt unter notarieller Aufsicht und der Aufsicht einer Mandats-, Prüf- und Zählkommission

Das Wochenende 6. bis 8. Dezember soll zu einem großen Diskussionswochenende in der SPD werden, mit Veranstaltungen in Kreisen und Abteilungen, auf denen das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen erörtert werden kann. Das Ergebnis soll am 14./15. Dezember vorliegen. □

Biographie:

Persönliche Geschichte

„Mit anderen Augen“ - Peter Brandts Annäherung

Historiker hegen oft Misstrauen gegenüber dem Zeitzeugen. Erinnerungen können täuschen, sich im Nachhinein verklären, Ereignisse werden ausgeblendet. Peter Brandt hat als Historiker wohl auch deshalb lange gezögert, ein Buch über seinen Vater zu veröffentlichen. Dass aus dieser doppelten Sicht heraus jedoch eine ausgesprochen spannende und erkenntnisreiche Annäherung werden kann, zeigt sein jetzt erschienenes Buch „Mit anderen Augen“.

Peter Brandt nennt es einen „Versuch über den Politiker und Privatmann Willy Brandt“. Als ältester Sohn blendet er die Schwierigkeiten nicht aus, die er „unter dem Gewicht einer Vatergestalt - in diesem Fall einer überragenden, gleichzeitig meist abwesenden oder nicht leicht zugänglichen“ hatte. Aber immer wieder ist dann der Historiker zur Stelle, der erklärt, einordnet und Zusammenhänge herstellt.

Es ist keine fortlaufende Biographie entstanden. Einzelne, auch für sich stehende Essays greifen thematische Schwerpunkte auf, die entweder den Verfasser besonders bewegen oder ihm charakteristisch und prägend für das Leben Willy Brandts erscheinen. Dabei werden die Konstanten deutlich, die das Leben Willy Brandts ausmachen, und die er selbst auch immer wieder beschrieben hat: an vorderster Stelle der Zusammenhang von Freiheit und Demokratie.

In Berlin ging es genau um diese Fragen. Brandt, als Korrespondent nach Deutschland zurückgekehrt, wurde „Reuters junger Mann“. Seit Anfang 1948 vertrat er in Berlin den SPD-Vorstand der drei Westzonen, im Februar 1948 machte die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei Hoffnungen auf einen dort gerade entstehenden demokratischen Sozialismus zunichte. Peter Brandt: „Auf dem Berliner Landesparteitag der SPD am 8. Mai 1948 betonte Willy Brandt, dass es für die Sozialdemokraten keine Neutralität in der Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Knechtschaft, zwischen Demokratie und Diktatur gäbe. Er fügte aber hinzu, das bedeutet nicht eine einseitige Festlegung in einem Spiel von Großmächten.“

Zu den Konstanten in Willy Brandts Leben gehörte wohl auch die Fähigkeit, zuzuhören und zu lernen, auch wenn er an Erfahrungen noch so reich war. „Wer vom Andersdenkenden annimmt, er könnte nur entweder dumm oder böswillig sein, mit dem ist schwer zu reden. Man muss wissen, dass man auch irren kann“, zitiert Pe-



Peter Brandt, Mit anderen Augen - Versuch über den Politiker und Privatmann Willy Brandt. 280 Seiten, Dietz-Verlag Bonn, 2013, Leinen mit Schutzumschlag 24,90 Euro ISBN 978-3-8012-0441-9

ter Brandt aus einer Rede seines Vaters auf dem SPD-Jugendkongress 1969.

Der Protestbewegung der späten sechziger Jahre widmet Peter Brandt einen eigenen Abschnitt. „Tendenziell Abgrenzung und Abwehr“, so beschreibt er Willy Brandts Haltung zur Jugendradikalisierung bis 1966/67. „In späteren Jahren öffnete er sich, äußerte sich ambivalent mit einer optimistischeren Note.“ So begrüßte er beispielsweise den Abbau obrigkeitstaatlichen Denkens. Aber, so stellt Peter Brandt auch fest: „Seine viel gescholtene und viel gerühmte Toleranz war bis zu einem gewissen Grad ein Verzicht, sich einzumischen und ständig Auseinandersetzungen zu führen. Auch im Privaten und in der Familie.“

Es war die Zeit, in der Peter Brandt eigene politische Wege außerhalb der SPD ging, was die vom Springer-Verlag dominierte Berliner Presse gerne für Schlagzeilen nutzte. Der Vater nahm es hin, vielleicht auch in Erinnerung an die eigene Jugend, die ihn von der SPD in die kleine linkssozialistische SAP geführt hatte, für die er 1933 nach Norwegen ging, um von dort den Widerstand gegen die Nazis aufrecht zu erhalten. Peter Brandt trat erst 1994 in die Partei seines Vaters ein, damals mit der Erkenntnis: „Mein Bedarf an Spaltungen ist gedeckt.“

Willy Brandt hatte Menschen weit über die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hinaus für die SPD begeistern können, die Mitgliederzahl erreichte die Millionengrenze, viele Jüngere kamen hinzu, die Struktur veränderte sich. Aber noch in seiner Zeit als Vorsitzender begann die Partei auch wieder an Bindungskraft zu verlieren, eine innere Fraktionierung begann, linksalternative und ökologisch orientierte Wähler wanderten zu den Grünen ab. Dazu trugen auch umstrittene Entscheidungen wie die Gesinnungsprüfung bei der Einstellung im öffentlichen Dienst bei, auch Peter Brandt berichtet von einer solchen Anhörung, zu der er geladen wurde.

Ein Kapitel widmet Peter Brandt unter der Überschrift „Volk und Nation“, zwei Begriffen, die in der Linken eher verpönt sind, den Anstrengungen Brandts, die deutsche Wiedervereinigung zu erreichen. „Patriotismus und Weltbürgertum - beides verkörperte Willy Brandt wie nur wenige Deutsche in seiner Generation“, stellt Peter Brandt fest. Das wiederum ist Teil der Lebensgeschichte Brandts, der seine Heimat während der Nazi-Diktatur - abgesehen von einem kurzen Aufenthalt in Berlin - nur von außen wahrnehmen konnte, sich aber dennoch mit Hinweis auf den Widerstand aus der Arbeiterbewegung vehement gegen eine Kollektivschuld des deutschen Volkes wandte. „Ein guter Deutscher kann kein Nationalist sein“, zitiert Peter Brandt seinen Vater aus der Rede bei der Verleihung des Friedensnobelpreises. Als „Nationalpatriot“ sieht er Willy Brandt gleichwohl. Dies sei kein Widerspruch zum „überzeugten europäischen Föderalisten“: „Die Nation war für ihn eine werte- und gefühlsbesetzte Bewusstseins- und Kommunikationsgemeinschaft. Der souveräne Nationalstaat alter Prägung müsste nicht unbedingt gewahrt werden.“

Die deutsche Teilung traf die Sozialdemokratie besonders, denn eine Folge war, „dass die Kräfte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in beiden deutschen Staaten mehr oder minder ausgeschaltet wurden“, so Peter Brandt. Die Ost-SPD unterlag dem Druck der Zwangsvereinigung, im Westen stabilisierte „die Anschauung des DDR-Experiments den CDU-geführten Bürgerblock“. Brandt trieb frühzeitig die Sorge um, ohne direkte Kontakte könnten sich auch die Menschen in beiden deutschen Staaten entfremden. „Die menschliche Substanz der Nation dürfe nicht verloren gehen“, formuliert Peter Brandt den Gedanken seines Vaters. In seinem Abriss über die Deutschland- und Entspannungspolitik macht er deutlich, in welchem Rahmen Willy Brandt handelte, aber auch, welche Rücksichtnahmen dabei erforderlich wurden.

„Manche der ‚Schwächen‘ von Brandt lassen sich auch als Stärken verstehen“, schreibt Peter Brandt. „Sie hatten zu tun mit einer gewissen Distanz zur eigenen Person, die ihn davor bewahrte, sich allzu wichtig zu nehmen. Vor allem bedeutete sie, andere Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit, insbesondere in der Unterschiedlichkeit der weltanschaulich-religiösen Orientierung, der Wertentscheidungen und der politischen Auffassungen voll und ganz zu respektieren - in einem Maße, wie ich es ansonsten selten erlebt habe.“ Auch das macht sicher Willy Brandts Faszination heute noch aus. Peter Brandts differenzierter, kritisch-respektvoller Blick auf den Politiker und Vater sorgt für eine neue Nähe zu ihm.

Ulrich Horb □

AWO in Ost-Berlin:

„So eng wie niemals nachher“

Robert Schwind über die Bürogemeinschaft von SPD und AWO in Friedrichshain

Eine Gedenktafel am Haus Krossener Straße 22 erinnert seit Oktober an das gemeinsame Büro, das SPD und Arbeiterwohlfahrt hier bis 1961 unterhielten (siehe BS 21). Für die Arbeiterwohlfahrt blickte der AWO-Kreisvorsitzende Robert Schwind zurück auf eine damals enge Zusammenarbeit.

„Die SPD saß vorn, die AWO hinten...“, so fasste einmal die Zeitzeugin Gisela Miesner, das gemeinsame Wirken von SPD und AWO in den Ost-Berliner Stadtbezirken zwischen der Berlin-Blockade 1948/49 und dem Mauerbau im August 1961 zusammen.

Mit diesem kurzen Satz ist eigentlich alles gesagt. Nicht nur dass SPD und AWO in Ost-Berlin, wie auch hier in Friedrichshain, damals ihre Büros in der Regel gemeinsam betrieben, die Partei und der Wohlfahrtsverband wirkten unter den Bedingungen der SED-Diktatur so eng zusammen, wie niemals nachher und auch viel enger, als zeitgleich SPD und AWO in West-Berlin.

Und wenn wir dieser gemeinsamen Zeit als außerparlamentarische Opposition außerhalb der Einheitslisten der „Nationalen Front“ und des Einheitsverbandswesens von Volkssolidarität und FDJ erinnern, erfasst einen fast ein wenig Wehmut über so viel Hand in Hand zwischen SPD und Arbeiterwohlfahrt.

SPENDENVERTEILUNG MIT HERZKLOPFEN

Nun, was hat die AWO denn damals in Ost-Berlin eigentlich gemacht? Wo sie doch von allen staatlich gelenkten Wohlfahrtsprogrammen ausgeschlossen war?

In erster Linie hat sie damals das gemacht, was sie in den harten Nachkriegsjahren in West-Berlin auch gemacht hat. Sie hat Care-Pakete und Lebensmittel sowie später auch Medikamente verschiedenster ausländischer Hilfswerke verteilt. Nur gestaltete sich der Transport verglichen mit West-Berlin deutlich aufwendiger. Die AWO-Helferinnen und -Helfer transportierten die Care-Lieferungen, zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln, in unauffälligen Handtaschen durch die Stadt – eine Aufgabe, die nicht nur mühselig, sondern auch nicht ungefährlich war.

Eine Zeitzeugin erinnert sich: „Bei unser(er) großen Verteilung von Butter etc. haben wir Funktionäre nur 4 Stunden an einem Abend, an einem weiteren Abend ebenfalls 4 Stunden gesessen, um zu beraten, wie und wem wir die Spende aufteilen. Dann mußte dieselbe in Handtaschen aus der Möckernstraße, [dort befand sich da-



Robert Schwind, Kreisvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Spree-Wuhle e.V. Foto: Horb

mals der Sitz des AWO Landesverbandes], hergeholt werden, was das für ein Herzklopfen verursacht hat, kann keiner nachfühlen, wer sich hierbei nicht beteiligt hat. Dann wurde wieder ein ganzer Nachmittag benötigt, um die große Menge Butter auszuwiegen, aufzuteilen und dann liefen unsere Helfer von Mitglied zu Mitglied. Mal fanden sie einen zu Haus, manchmal mußten sie 2 oder 3 mal gehen, um ihre Gabe loszuwerden.“

Der Transportweg, der hier angesprochen wurde, war in dieser Zeit tatsächlich der übliche oder wie sich eine andere Zeitzeugin erinnert: „Das [...] waren entweder Hausfrauen oder Rentnerinnen. Ostkreuz mußten wir runter die Treppe und manchmal standen die Kontrolleure unten, wenn man ging zum Einsteigen. Aber mitgenommen ... ich kann mich nicht erinnern, das da was geklaut wurde.“

In der Tat ist bei der AWO nur ein Fall dokumentiert, in dem es zu einer Festnahme und zur Beschlagnahme der Hilfsgüter beim Transport kam. Am 15.11.1957 wurde eine Helferin beim Transport von Medikamentenspenden aus dem Westteil in den Ostteil am S-Bahnhof Warschauer-Brücke aufgehalten:

„Unsere Mitarbeiterin, die Genossin Krug, geriet am vorgenannten Tage am S-Bahnhof-Warschauer-Brücke in eine Kontrolle und wurde von dort zur ostzonalen Zollstelle in der Wallnerstraße abgeführt und mußte sich dort einem 5stündigen Verhör unterziehen. Sämtliche Medikamente, die sie bei sich führte, wurden ihr beschlagnahmt.“

Dieses Verteilen von Spenden war die

Hauptaufgabe der Arbeiterwohlfahrt, hier setzte auch die enge Kooperation mit der SPD ein, kümmerte sich doch die AWO auch insbesondere um die Familien von politisch in der DDR inhaftierten SPD Genossen.

So schreibt zum Beispiel eine Ost-Berliner Abteilungsvorsitzende an den AWO Landesverband: „In meiner Abteilung wohnt die Verlobte unseres Gen. Wolf Hinze, wohnhaft zuletzt in Neukölln. Frl. Anneliese Müller, die kurz vor der Hochzeit mit unserem Wolf Hinze stand, hat ein kleines Kind im Alter von ca. 1 1/2 Jahren. Da nun Hinze seit fast 2 Jahren verschwunden ist, hatten wir uns seiner Braut angenommen, vor allem für das Kind Kleidung beschafft. Frl. Müller hat eine Stellung im Büro, betr. Verdienst möchte ich mich vorläufig aber nicht mit ihr in Verbindung setzen, ehe nicht über folgendes gesprochen worden ist. Meines Wissens bekommt Frl. Müller keinerlei Zuwendung als nächste Angehörige eines inhaftierten Genossen. Wir sind erst auf sie aufmerksam geworden, als im vorigen Jahr Weihnachtsgeld gegeben wurde für evtl. Pakete. Ich möchte nun einmal hören, ob es möglich ist, auch für sie bzw. für das Kind laufend – wie es ja auch die anderen Angehörigen bekommen – Unterstützung zu erhalten. Ob dies nun von uns hier geschieht oder der Kreis Neukölln dafür eintritt, stelle ich anheim. Jedenfalls bitte ich als Abteilungsleiterin in jedem Falle über das Ergebnis meiner Anregung um Nachricht. Mit sozialistischem Gruß.“

AWO ALS AUFFANGBECKEN

Durch diese praktische Hilfe und ihr darüber hinaus reges Vereinsleben zwischen Weihnachtsfeiern und Kaffeeklatsch stabilisierte die AWO in den Ostbezirken das sozialdemokratische Milieu. Während die Mitgliederzahl der SPD in den Ostbezirken infolge der Repressionen bis zum Mauerbau um zwei Drittel sank – von 15546 Mitgliedern am 31.12.1947 auf 5303 am 13.8.1961 – blieb die Mitgliedschaft der AWO in den Ostberliner Bezirken erstaunlich stabil. Bis 1957 stieg die Zahl sogar auf 5220 und betrug bei einem dann einsetzenden sukzessiven Rückgang 1961 noch immer 4624 Mitglieder.

Diese relativ stabile Mitgliederentwicklung erklärt sich auch dadurch, dass die AWO zum Auffangbecken für Sozialdemokraten wurde, die ihre Partei verlassen mussten. So schreibt der damalige Berliner Organisationssekretär der AWO Willy

Fortsetzung von Seite 10

Protz: "Durch die Tatsache, daß ein großer Teil ehemaliger Parteimitglieder in Ostberlin, dem Druck in den Betrieben folgend oder aus sonstigen Gründen gezwungen, die SPD verließ, aber die Mitgliedschaft in der AWO aufrecht erhielt oder erwarb, ist dieser hohe Prozentsatz verständlich."

Sozialdemokraten konnten auf vermeintlich unpolitischen Veranstaltungen der AWO zusammenfinden, und der Verband organisierte für Kinder aus sozialdemokratischen Familien Zeltlager in Westberlin. So arbeiteten SPD und AWO unter den Bedingungen der SED Diktatur Hand in Hand. Im AWO-Jahrbuch 1961/62 heißt es: „Wohlfahrtsarbeit, [und] fürsorgliche Tätigkeit sind für uns nur in freier Luft und in einem demokratischen Gemeinwesen möglich. Wir sind nicht anpassungsfähig. Zum zweiten Male machen wir diese Erfahrung. Unsere Hoffnungsfreudigkeit und unser Wille sind wie eh und je ungebrochen. Unser Optimismus soll kein Zweckoptimismus sein, Er gehört zu uns wie unsere demokratischen und sozialistischen Überzeugungen.“

Wir sind nicht anpassungsfähig - mit diesen Worten begründete Ida Wolff, die damalige Berliner AWO-Vorsitzende die Auflösung der Kreisverbände in den acht östlichen Stadtbezirken nach dem Mauerbau 1961. Mit dieser Entscheidung beendete der Landesvorstand, gegen den Widerstand von Franz Neumann, analog zur SPD, am 25. August 1961 eine Ausnahmeerscheinung in der Nachkriegsgeschichte der AWO.

50. Todestag:

Ehrung für Erich Ollenhauer

Gedenktafel in der Trautenaauer Straße in Karlshorst

Der ehemalige SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer lebte von 1924 bis 1932 an der Trautenaauer Straße 6 in Berlin-Lichtenberg. Aus Anlass seines 50. Todestages will der Bezirk nun eine Gedenktafel am Haus anbringen lassen.

Ollenhauer, geboren am 27. März 1901 in Magdeburg, war von 1920 bis 1928 Sekretär des Hauptvorstands der Sozialistischen Arbeiterjugend in Berlin. Von 1928 bis 1933 war er Vorsitzender des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands. Im April 1933 wurde er in den Vorstand der SPD gewählt. Im Mai emigrierte Ollenhauer auf Parteibeschluss nach Prag, um dort den Widerstand gegen das NS-Regime aus dem Ausland weiterzuführen. 1952 nach dem Tode Kurt Schumachers wurde Ollenhauer zum Vorsitzenden der SPD und zum Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag gewählt. Unter seinem Vorsitz stellte sich die SPD mit dem Godesberger Programm neu auf. Kurz vor seinem Tod wur-

Wenn wir jetzt gemeinsam dieser Bürogemeinschaft in der Krossener Straße gedenken, so mutet uns die damalige Nähe unserer beiden Organisationen fast ein wenig befremdlich an.

Haben sich doch beide Organisationen selbständig weiterentwickelt. Das traditionelle Arbeitermilieu als Kraftquelle beider Organisationen hat sich fast vollständig aufgelöst. Die SPD ist zur Volkspartei geworden und die AWO zu einem professionalisierten Wohlfahrtsverband. An die gemeinsame Vergangenheit erinnern wir uns heute meist nur im Rahmen von historischen Veranstaltungen wie heute. Doch viel zu selten erwachsen aus dem historischen Gedenken Impulse für ein gemeinsames sozialpolitisches Handeln. Gerade in scheinbar guten Zeiten wie diesen, wo eine wiedervereinigten deutsche Volkswirtschaft Rekordgewinne erzielt, die Steuern sprudeln und sich die Arbeitslosigkeit auf einem eher mittelmäßigen Niveau konsolidiert hat. Gerade in dieser heilen „Muttiwelt“ ist es genauso richtig dass sich die soziale Wirklichkeit in Deutschland in zwei Richtungen hin zu zwei verschiedenen Welten entwickelt, nämlich in eine mit wachsenden Einkommen, Bildung und Vermögen und in eine mit Einkommen rund um das Existenzminimum, ohne Vermögen und mit wenig Bildungs- und Aufstiegschancen. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es diese imaginäre Mauer zwischen diesen Welten einzureißen. So wie in Berlin schon einmal eine Mauer gefallen ist sollte auch diese fallen. Packen wir es an.

Robert Schwind □



Wenn wir endlich frei sind: Briefe, Lieder, Kassiber von Günther und Joy Weisenborn. 1942-1943, Hrsg.: Elisabeth Raabe, Einleitung: Hermann Vinke, ISBN-10: 3716023787

„Wenn wir endlich frei sind“ - ein Briefwechsel

„Muss ich sterben, so werde ich tapfer und schweigsam sterben. Es ist Krieg, die einen fallen in Stalingrad, die anderen in Plötzensee. Wir werden uns auf jeden Fall lange nicht sehen, aber unsere Liebe wird nicht vergehen. Sie wird ein Teil der großen Weltliebe sein, der wir dienen und zu der wir uns gläubig bekennen.“ Zeilen, die einem Brief von Günter Weisenborn an seine Frau Joy entnommen sind, beide von den Nazis in unterschiedlichen Haftanstalten eingesperrt.

Es sind bewegende Briefe voller Liebe und Hoffnung, die der Schriftsteller Günter Weisenborn und Joy austauschen. Beide wurden im September 1942 als Angehörige der Widerstandsgruppe Schulze-Boysen-Harnack verhaftet, sitzen monatelang in Untersuchungshaft. Sie ermutigen sich gegenseitig, sie malen sich ihre Zukunft aus, sie planen für die Zeit, „wenn alles vorbei ist“, wenn sie endlich frei sind. Während seine Frau überraschend im April 1943 ohne Prozess freikam, wurde Weisenborn zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt und im April 1945 von der Roten Armee aus dem Zuchthaus Luckau befreit. Zahlreiche andere Mitglieder der Widerstandsgruppe Schulze-Boysen-Harnack, von der Gestapo unter der Bezeichnung „Rote Kapelle“ verfolgt, wurden in Plötzensee hingerichtet.

Die Briefe und Gedichte, ergänzt von Schilderungen der Verhöre und Haftbedingungen, die Weisenborn in „Memorial“ aufgeschrieben hatte, sind ein beklemmendes Stück Zeitgeschichte. 2008 ist der Band in einer Neuauflage erschienen, die heute im Handel kaum noch erhältlich ist.

➡ Restexemplare des Bandes bewahrt der Friedenauer Sozialdemokrat Reinhard Strecker auf. Er gibt sie auf Veranstaltungen kostenlos ab. Seine einzige Bedingung: „Das Buch bekommt nur jemand, der es wirklich lesen will.“ Wer das Buch erhalten möchte, kann bei Reinhard Strecker erfahren, wann und bei welcher Gelegenheit es abholbar ist. Er ist unter der Rufnummer 851 52 22 erreichbar.



*Erich Ollenhauer auf dem Godesberger Parteitag.
Foto: AdSd der Friedrich-Ebert-Stiftung*

de er zum Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale gewählt.

Der Bezirk hatte bereits im Januar 2004 angekündigt, eine Gedenktafel für Ollenhauer am Haus in der Trautenaustraße anzubringen. Inzwischen hat der Hauseigentümer der Anbringung der Tafel zugestimmt. Sie soll am 13. Dezember enthüllt werden.

BS □

Von Lenins Revolution zu Stalin (II)

Siegfried Heimann: Urteile der deutschen Arbeiterbewegung zur Oktoberrevolution

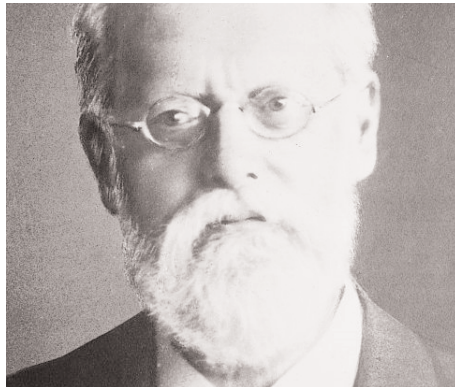
Schon früh hat es in der deutschen Arbeiterbewegung heftige Auseinandersetzungen über die Bewertung der russischen Oktoberrevolution gegeben. Die Debatten zeigten die Trennlinie zum demokratischen Sozialismus auf. Die Berliner Stimme veröffentlicht den Beitrag von Siegfried Heimann, Vorsitzender der Historischen Kommission der Berliner SPD, leicht gekürzt in zwei Teilen. Seine These: „Wer Stalin sagt, muss auch Lenin sagen, wer von stalinistischen Verbrechen spricht, muss auch von der Oktoberrevolution reden.“

Die Haltung der deutschen Anarchisten zur Oktoberrevolution war nicht eindeutig: Sie kritisierten - wie etwa Rudolf Rocker - die „autoritären“ Organisationsstrukturen der bolschewistischen Partei, verdammt aber deswegen die Bolschewiki nicht in Bausch und Bogen, denn schließlich seien diese ja eine Partei, die die Revolution nicht nur predige, sondern gemacht habe. Erst als die Bolschewiki die Räte der Diktatur der Partei unterwarfen - wie die deutschen Syndikalisten formulierten - kam es zu einer eindeutigen Kritik. In den Worten Rockers: „Sowjetismus, nicht Bolschewismus; Freiheit, nicht Diktatur; Sozialismus, nicht Staatskapitalismus“.

Angesichts dieser schon früh laut geäußerten Differenzen war natürlich der von einem Teil der Mehrheitssozialdemokraten geäußerte Vorwurf, die Bolschewiki seien eigentlich Anarchisten, umso absurder. Der Vorwurf war - wie Peter Lösche es formulierte - Ausdruck der „Bolschewismusfurcht“ der Mehrheitssozialdemokratie, die mit ihrem Zerrbild vom Anarchismus die Bolschewiki gleich mit treffen wollten.

KAUTSKYS WARNUNG VOR DER DIKTATUR

Der erste Sozialdemokrat, der seit Januar 1918 entschieden Kritik an der seit November 1917 erkennbaren Politik der Bolschewiki übte, war ein Unabhängiger Sozialdemokrat. Es war Karl Kautsky. In mehreren kleinen Broschüren formulierte er seine Einwände gegen die in Russland praktizierte Diktatur. Nach dem Auseinanderjagen der Konstituante im Januar 1918 nannte er es in seiner Schrift „Die Diktatur des Proletariats“ eine „kurzsichtige Augenblickspolitik“ der Bolschewiki, „wenn sie, um sich an der Macht zu erhalten, zu den Methoden der Diktatur greifen, nicht um die gefährdete Demokratie zu retten, sondern sich gegen diese zu behaupten“. Er hoffte aber, dass die „Errungenschaften der Revolution“



Kautsky: „Für uns also ist Sozialismus ohne Demokratie undenkbar.“ Foto: Wikimedia

zu retten seien, „wenn es gelingt, die Diktatur zu ersetzen durch die Demokratie“, wie er am Schluss schrieb. Die Kritik traf die Bolschewiki im Nerv, wie die heftigen Reaktionen Lenins und auch Trotzki gegen den „Renegaten Kautsky“ erkennen lassen. Kautsky ließ sich freilich nicht beeindrucken, sondern formulierte seine Kritik von mal zu mal schärfer und er formulierte damit zugleich die grundlegende Differenz zwischen demokratischen Sozialisten und revolutionären Kommunisten. In seiner Schrift - auch im Jahre 1918 erstmals erschienen und seither in hoher Auflage immer wieder veröffentlicht - schrieb er einige noch heute gültigen Sätze: „Für uns also ist Sozialismus ohne Demokratie undenkbar. Wir verstehen unter dem modernen Sozialismus nicht bloß gesellschaftliche Organisation der Produktion, sondern auch demokratische Organisation der Gesellschaft. Der Sozialismus ist demnach für uns untrennbar mit der Demokratie. Kein Sozialismus ohne Demokratie.“

Dieser Satz wurde zur Essenz des sozialdemokratischen Bildes von der Oktoberrevolution. Zu der Essenz kam aber - weniger durch Kautsky, aber auch durch ihn - noch allerlei Beiwerk, das dazu führte, dass aus der berechtigten und immer noch gültigen Kritik an der Oktoberrevolution in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein platter „Anti-Bolschewismus“ wurde. Zu dem Beiwerk gehörte, dass die kleine Spartakusgruppe bzw. die Kommunistische Partei zu einem gefährlichen Popanz stilisiert werden konnte, der angeblich die bolschewistische Revolution mit all ihren tatsächlichen und propagandistisch übertriebenen Schrecknissen nach Deutschland importieren wollte. Abgesehen davon, dass die KPD zu Beginn des Jahres 1919 noch sehr einflusslos war, kam aber gerade die allerschärfste Kritik an der Partei der Bolschewiki aus den Reihen der Spartakusgruppe.

Sie kam erneut - wie schon 1904/05 - von Rosa Luxemburg. Über ihre Schrift ist viel geschrieben worden, sie ist auch sicherlich oft nur in „Versatzstücken“ zitiert worden, die kaum eine wirkliche Auseinandersetzung mit der sozialistischen Theoretikerin zum Anlaß hatten. Auf der anderen Seite aber ist die kleine, erst 1922 erstmals veröffentlichte Schrift „Die russische Revolution“ stets eine Herausforderung für die kommunistische Bewegung gewesen, die diese nie angenommen hat. Verschweigen und Verfälschen der historischen Bedeutung Luxemburgs war die einzige Antwort. Anders als Clara Zetkin später behauptete steht heute fest, dass Rosa Luxemburg ihre Kritik an der russischen Oktoberrevolution nicht für die Schublade geschrieben hatte, sondern dass sie sie veröffentlicht sehen wollte, denn - wie sie an Bratman-Brodowski schrieb - „ganz zu schweigen ist unmöglich“ und es steht auch fest, dass ihre Kritik noch schärfer ausgefallen wäre, wenn sie nicht in der Tat etwas auf die Lage der Bolschewiki Rücksicht genommen hätte.

Rosa Luxemburg stand allerdings mit ihrer Kritik an der bolschewistischen Revolution in der Spartakusgruppe nicht allein. Einige ihrer engsten Freunde hatten ihr zwar die Veröffentlichung ihrer Abrechnung mit den Bolschewiki ausreden wollen, war doch - wie Leo Jogiches im September 1918 schrieb - das möglich scheinende sozialistische Russland „zwar ein krüppeliges, aber immerhin doch unser Kind“. Die Skepsis begann aber nicht nur bei Jogiches größer zu werden. Einige sahen schon im Jahre 1918 den Versuch einer sozialistischen Revolution in Russland gescheitert. So schrieb Käthe Dunker im September 1918 an ihren Mann: „Die Sache der Bolschewiki muss man ja als verloren betrachten. Die Mittel, durch die sie sich zu halten suchen, beweisen, dass sie verloren sind. Nicht als ob ich ihnen moralische Vorwürfe machen wollte, - aber ein System, das sich nur dadurch halten kann, dass es den Terror als Prinzip erklärt; ein System, bei dem Unbeteiligte als Geiseln erschossen werden, das kann sich nicht halten, das trägt den Todeskeim in sich. Ihr Wille war der beste, aber die Verhältnisse sind stärker als sie, sie haben sie gezwungen, das Gegenteil von dem zu tun, was sie eigentlich wollten.“

Deutlicher und auch radikaler in der Konsequenz des Urteil aber war Rosa Luxemburg, wenn sie in ihrer Polemik, die sich gegen Kautsky ebenso wie gegen Lenin und Trotzki richtete, ihren Begriff von der Diktatur des Proletariats definierte: „Ja wohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht

Fortsetzung von Seite 12

in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlverworbenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen läßt. Aber diese Diktatur muß das Werk der Klasse, und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d.h. sie muss auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen...“.

Was aber ist mit der Revolution, wenn diese Massen die Gefolgschaft versagen, wenn sie anders darüber denken als die Revolutionsführer? Auch für diesen Fall bleibt Rosa Luxemburg die Antwort nicht schuldig. Die Antwort war für die kommunistische Bewegung so brisant, dass nicht zuletzt deswegen dieser Satz in der Mitte der siebziger Jahre veröffentlichten Ausgabe der Schriften Luxemburgs in eine Fußnote unter mehreren anderen versteckt worden ist, weil der Satz angeblich eine Randbemerkung gewesen sei, die ohne Hinweis auf seine Zuordnung geblieben sei.

Rosa Luxemburg schrieb: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei - mögen sie noch so zahlreich sein - ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur die Freiheit des anders Denkenden. Nicht wegen des Fanatismus der 'Gerechtigkeit', sondern weil all das Belehrende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die 'Freiheit' zum Privilegium wird.“ Mit diesem Satz - aber nicht nur mit diesem - steht Rosa Luxemburg mehr in der Tradition des demokratischen Sozialismus als in der Tradition der von Lenin geprägten kommunistischen Bewegung. Rosa Luxemburg wurde von der Konterrevolution ermordet, die Rolle eines Gustav Noske dabei bleibt bis heute dubios und fragwürdig. Ihre Ermordung verhinderte, dass ihre Kritik in der eben erst gegründeten Kommunistischen Partei Wirkung zeigen konnte.

MYTHOLOGISCHES BILD VON DER OKTOBERREVOLUTION

In der kommunistischen Bewegung war nach der Unterwerfung der kommunistischen Parteien unter die Vorgaben der Kommunistischen Internationale die Oktoberrevolution nur noch ein - freilich propagandistisch gerade dadurch sehr wirkungsmächtiger - wichtiger Bestandteil einer „proletarisch-sozialistischen Mythologie“. In seiner „Geschichte des Bolschewismus“ hat Arthur Rosenberg - und er wusste als ehemals führender deutscher Kommunist,

wovon er sprach - den ideologischen Charakter dieser Mythologie und ihrer Wirkung deutlich beschrieben. Dieses mythologische Bild von der Oktoberrevolution verband sich - wie Gert Schäfer erst jüngst im Rückblick auf die Oktoberrevolution erneut und zu Recht betonte - mit einer fast religiös zu nennenden „Gewaltverherrlichung“, die die Gewaltanwendung in der Oktoberrevolution und in den unmittelbar darauf folgenden Jahren als „notwendig“ erklärte und so auch die in der Dimension so viel furchtbarere Gewaltanwendung in der Hochzeit des Stalinismus praktisch von den mythologischen Anfängen her entschuldete. Daraus erwuchs schon gegen Ende der zwanziger Jahre, aber mehr noch nach dem Ende des zweiten Weltkrieges eine sich auf die Oktoberrevolution berufende „weltrevolutionäre Phraseologie“ - wie György Konrad es nannte - , die mit der in der Oktoberrevolution immerhin noch aufscheinenden sozialistischen Utopie nichts mehr zu tun hatte, umso mehr aber mit der „konspirativen außenpolitischen Expansion des bestehenden sowjetischen Systems“.

Einer derjenigen, der nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die deutsche Sozialdemokratie - zunächst noch aus dem Exil, später auch als in Westberlin lehrender Politikwissenschaftler - zu einem programmatischen Neuanfang ermuntern wollte, war Paul Sering - später bekannter unter seinem Namen Richard Löwenthal. Er schrieb noch im englischen Exil ein in der wiedergegründeten SPD viel beachtetes Buch, das allerdings wenig unmittelbare Folgen zeitigte. Der Titel: Jenseits des Kapitalismus.

Mit seinem Buch wollte er - wie er schrieb - „Schutt aus den Köpfen wegräumen“ und deshalb „auf die ursprünglichen Inhalte der sozialistischen Idee, auf den Ausgangspunkt der sozialistischen Arbeiterbewegung zurückgreifen“.

Natürlich beginnt er bei Marx, lobt die Methoden der marxistischen Analyse, die hochaktuell seien und verdammt jeden Dogmatismus im Namen von Marx, der leider allzu verbreitet sei - auch in der SPD, von der KPD gar nicht zu reden.

Er kommt in dem Zusammenhang (natürlich) auch auf die Oktoberrevolution zu sprechen. Sering resümiert wesentliche Kritikpunkte, die auch schon Rosa Luxemburg in ihrer Kritik an der russischen Revolution benannt hatte und er macht deutlich, wie viele der von Luxemburg vorausgesagten Konsequenzen aus den von Anfang an vorhandenen „Geburtsfehlern“ der Oktoberrevolution inzwischen eingetroffen seien: der Einparteienstaat, die fehlende Demokratie in Partei und Staat, die Diktatur einer Minderheit in der Partei, die der inneren und äußeren Feinde bedarf.

Aber: - so resümiert Sering auch - das al-

les ist nicht erst die Folge späterer Fehlentwicklungen, für die allein Stalin und das von ihm geprägte System des Stalinismus verantwortlich zeichnet, das alles ist bereits von Anfang an in der Oktoberrevolution selbst angelegt, mit anderen Worten: Wer Stalin sagt, muss auch Lenin sagen.

DIKTATUR DER PARTEISPITZE

Seine Bilanz ist für unsere Frage, inwieweit die Oktoberrevolution in eine Sackgasse geführt habe, umso eindeutiger. Diese Frage ist ja zunächst sehr allgemein und muß präzisiert werden: wer oder was ist in eine Sackgasse geführt worden und dann kann die Antwort nur lauten: Es ist die Rede von der Idee einer sozialistischen Alternative zu den kapitalistischen Gesellschaften.

Sering nennt die Stalinsche Terrorherrschaft die Konsequenz aus der Leninschen Oktoberrevolution, aber er nennt das auch zugleich die „Tragödie“ dieser Revolution, denn - und ich zitiere jetzt einen längeren Passus, der auch für mich eine Art Quintessenz einer kritischen Sicht auf die Oktoberrevolution darstellt -: „Diese Entwicklung entspricht nicht der Absicht der russischen Revolutionäre: Aber sie entspricht der inneren Widersprüchlichkeit ihrer selbstgestellten Aufgabe. Die Geschichte der Sowjetunion ist die Geschichte des Versuchs einer zielbewussten Minderheit, durch eine Gewaltanstrengung ohne Beispiel in einem riesigen, rückständigen Lande die materiellen und kulturellen Voraussetzungen des Sozialismus zu schaffen. Die Gewaltanstrengung erforderte die Errichtung der totalitären Diktatur und ihre Entwicklung bis zu den letzten Konsequenzen - zur Diktatur der Parteispitze. Die Fortdauer der totalitären Diktatur durch Jahrzehnte ermöglichte die Verwirklichung vieler ihrer unmittelbaren wirtschaftlichen und machtpolitischen Ziele trotz ungeheurer Schwierigkeiten: sie machte den vom Zerfall bedrohten rückständigen Koloss zur industriellen Großmacht, die dem Ansturm Hitlers standhielt und im Siege über ihn zur Weltmacht wurde. Aber dieselbe Diktatur macht durch die Natur der Mittel, die sie zur Erreichung dieser unmittelbaren Ziele anwenden musste, die Erreichung ihres ursprünglichen Zwecks - die Entwicklung zum Sozialismus - unmöglich.“

Und Sering schließt: „Sozialismus und Demokratie. Das ist die wahre Tragödie der russischen Revolution. Sie lehrt uns, dass zwischen den ökonomisch-sozialen Ziel des Sozialismus und der politischen Form ein notwendiger Zusammenhang besteht. Es zeigt sich, dass der weit verbreitete Glaube eine Illusion ist, als könnten Sozialisten zwischen einer diktatorischen und einer freiheitlichen Form des Sozialismus nach Zweckmäßigkeitgründen wählen.“

Siegfried Heimann □

Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

T ERMINE

- 09.11.2013, 10:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde Ost und Süd, **„Im Gespräch mit den Menschen“**, Informationsstand am Kranoldmarkt, Kranoldplatz, 12209 Berlin
- 09.11.2013, 14:00, AG Migration und Vielfalt - Charlottenburg-Wilmersdorf, **Besuch einer russisch-orthodoxen Kathedrale**, Hohenzollerndamm 166, 10713 Berlin
- 10.11.2013, 14:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde Ost und Süd, **geführte Wanderung über das Gelände des ehemaligen US-Militärgeländes „Parks Range“ in Lichterfelde Süd**, US-Militärgeländes „Parks Range“, 12209 Berlin. Anmeldung erforderlich: H.Fabig@gmx.net
- 11.11.2013, 19:00, Fachausschuss III: Innen- und Rechtspolitik und Tom Schreiber, **Die Situation der Feuerwehr in Berlin**, Abgeordnetenhaus Berlin (Raum 388), Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin
- 12.11.2013, 19:30, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde Ost und Süd, **Kommunalpolitik aktuell in Lichterfelde und in Steglitz-Zehlendorf**, Reinhold-Voht-Haus - Soziale Dienste, Osdorfer Straße 121, 12207 Berlin
- 12.11.2013, 19:00; SPD Neukölln, Abt. Hufe-

sensiedlung, **Themenabend „Recht auf Arbeit“ (Vortrag und Diskussion)**, Referent Jörg Neumann (Physiker, Mitglied in SPD und IG Metall). Seniorenfreizeitstätte „Bruno Taut“, Fritz-Reuter-Allee 50, 12359 Berlin

■ 13.11.2013, 20:00, SPD Dahlem, **Zeitzeugengespräch mit Jürgen Dittner**, Friedenszentrum Dahlem, Pacelliallee 61, 14195 Berlin

■ 13.11.2013, 15:30 - 17:30 Jörg Stroedter, MdB Reinickendorf, **Sprechstunde**, SPD Kreisbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin

■ 13.11.2013, 19:00 Die Tempelhof-Schöneberger Schwusos, die AG Migration und Vielfalt und AfA, **Das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)“ - Anti-Diskriminierung in Gesellschaft und Arbeitswelt**, SPD-Kreisbüro, Hauptstr. 100, 10827 Berlin

■ 13.11.2013, 18:30 - 21:00, Daniel Buchholz, Ole Kreins und die Fachausschüsse „Natur, Energie und Umweltschutz“ und „Mobilität“, **Gemeinsame Sitzung der Fachausschüsse „Natur, Energie und Umweltschutz“ und „Mobilität“**. Thema: „Wie sieht eine zukunftsfähige Stadt aus, in der die urbanen Funktionen, wie Mobilität, Kommunikation, Ver- und Entsorgung, Sicherheit und öffentliche Verwaltung u. v. m. intelligent und zukunftsweisend organisiert sind? Berliner Abgeordnetenhaus, Raum 304, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin

■ 14.11.2013, 17:00, AG Migration und Vielfalt - Steglitz-Zehlendorf, **Asylsuchende und Flüchtlinge in Steglitz-Zehlendorf**, DRK „Haus der Familie“, Düppelstraße 36, 12163 Berlin

■ 15.11.2013, 11:00 - 12:00, Brigitte Lange, MdB - Reinickendorf - Märkisches Viertel / Lübars, **Sprechstunde**, SPD Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin. Bitte vorab Termin vereinbaren unter: Telefon: 030/40 91 48 89 oder mail an buero@brigitte-lange.de

■ 15.11.2013, 18:00 - 21:00, August-Bebel-Institut, **Quo vadis Italia?** Welche politische Zukunft hat Italien? Referenten: Guido Ambrosino, Journalist und Autor u.a. il Manifesto, Stefano Vastano, Deutschlandkorrespondent L'Espresso (angefr.). Moderation: Marcus Otto (Historiker) Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ 17.11.2013, 15:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde Ost und Süd, **Führung durch die Ausstellung „Hitlers Schreibtischtäter - Das SS-Amt Unter den Eichen“**, Schwarzsche Villa, Grunewaldstraße 55, 12165 Berlin. Anmeldungen: GuentherSchulzeBerlin@gmx.de

■ 19.11.2013, 19:30, SPD Tempelhof-Schöneberg - Abt. Schöneberg, **Die Volksparteien und der demographische Wandel**, SPD Kreisbüro Tempelhof-Schöneberg, Hauptstraße 100, 10827 Berlin. Dr. Bettina Munimus stellt ihr Buch „Alternde Volksparteien – Neue Macht der Älteren in CDU und SPD?“ vor - mit anschließender Diskussion.

■ 20.11.2013, 16:00 - 17:00, Dr. Ina Czyborra, MdB, Steglitz-Zehlendorf Dahlem, Krumme Lanke, **Sprechstunde**, AWO Kreisbüro, Mörchinger Str. 116, 14163 Berlin. Anmeldung bitte unter ina.czyborra@spd.parlament-berlin.de oder unter 2325 2273.

■ 20.11.2013, 18:00 SPD Berlin, **Empfang der AG Migration und Vielfalt in der SPD Berlin**, Jugendkulturzentrum „Pumpe“, Lützowstraße 42, 10785 Berlin, Anmeldungen erbeten bis zum 15. November 2013

■ 20.11.2013, 15:00 - 17:30 Fachausschuss Mobilität, **Besuch bei Bombardier in Henningsdorf**, Treffpunkt Bombardier, Am Rathenau-park 1, 16761 Henningsdorf. Maximal 25 Personen können teilnehmen. Anmeldung bitte bis spätestens 13.11.2013, 18 Uhr an sybille-uken@t-online.de. (Unbedingt flache, geschlossene Schuhe tragen. Der Rundgang ist nicht barrierefrei.)

■ 20.11.2013, 18:00 FA V – Stadt des Wissens – AG Schule und AfB-Landesvorstand auf Einladung von Ilkin Özisik, MdB, **Bildungspolitik in den Koalitionsverhandlungen**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 107, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin. In der Sitzung begrüßen wir Swen Schulz, MdB. Mit ihm diskutieren wir über die bildungspolitischen Schwerpunkte in den laufenden Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene.

■ 20.11.2013, 19:30, AGS Berlin, **AGS-Landes-sitzung mit Dr. Ulrich Nußbaum**, Senator für Finanzen. Er wird über „Aktuelle Schwerpunkte und Vorhaben der Berliner Landespolitik unter besonderer Berücksichtigung der Belange des Mittelstandes“ sprechen und für eine Diskussion zur Verfügung stehen. Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, 1. Etage, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

■ 20.11.2013, 19:30, ASF Charlottenburg-Wilmersdorf und AfB, **Veranstaltung zum Thema NSU, mit Eva Högl** wollen wir die Gefahr des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland und konkret in Berlin diskutieren. SPD-Bürgerbüro, Goethestraße 15, 10625 Berlin

■ 21.11.2013, 18:30, AG Migration und Vielfalt - Steglitz-Zehlendorf, **Perspektiven sozialdemokratischer Einwanderungspolitik**, SPD Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin

■ 22.11.2013, 15:00 - 16:30, **Franziska Becker, MdB, Sprechstunde**, Café des Bundesplatz-Kinos, Bundesplatz 14, 10715 Berlin

■ 23.11.2013, 10:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde Ost und Süd, **„Wir im Lichterfelder Süden“ - Informationsstand**, Informationsstand vor Kaiser's, Osdorfer Straße, 12207 Berlin

■ 26.11.2013, 19:00 - 21:00, SPD Mitte - Abt. Moabit Nord, **Tram in Moabit**, Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin

■ 26.11.2013, 19:00 - 21:00, Ülker Radziwill, MdB | Fachausschuss Gesundheit und Soziales und Verbraucherschutz, **Stand der Regierungsbildung mit Dr. Fritz Felgentreu MdB**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 304, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 28.11.2013, 19:00, AG Migration und Vielfalt - Charlottenburg-Wilmersdorf, **Einbürgerungstests - Eine kritische Bestandsaufnahme**, Divan e.V., Nehringstraße 26, 14059 Berlin

■ Alle Termine: www.spd-berlin.de/termine



Einladungskarte des Paul-Singer-Vereins.

„Unerhörtes ist geschehen“

Aus Anlass des 95. Jahrestags der Revolution 1918/19 lädt der Paul-Singer-Verein zu einer Gedenkveranstaltung auf dem Friedhof der Märzgefallenen

Zum Gedenken an die Toten von November und Dezember 1918 tritt der Berliner Ernst Busch Chor auf. Es sprechen Jana Borkamp (Kulturstadträtin Friedrichshain-Kreuzberg), Susanne Kitschun (Paul Singer Verein), Cansel Kiziltepe (MdB), Dr. Hans Modrow (Ministerpräsident der DDR a.D.) und Volker Schröder (Aktion 18. März)

➡ Samstag, 9. November 2013, 11 Uhr auf dem Friedhof der Märzgefallenen, Ernst-Zinna-Weg / Landsberger Allee

Afghanistan: Beiträge zum Wiederaufbau

Im Mittelpunkt einer gemeinsamen Veranstaltung des Afghanistan-Komitees für Frieden, Wiederaufbau und Kultur, der Deutsch-Afghanischen Freundschaftsgesellschaft und des FA I der SPD Berlin stehen eine Bewertung der Ergebnisse der deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit und mögliche deutsche Beiträge zum Wiederaufbau Afghanistans ab 2014.

Wie gehen wir mit den bisherigen Erfahrungen um, insbesondere auch mit der Enttäuschung der Bevölkerung über die Unterstützung einer als korrupt und inkompetent angesehenen Regierung und Verwaltung, einer Armee und Polizei, die in ihrer Zusammensetzung nicht die ethnischen und religiösen Gruppen des afghanischen Volks repräsentiert und dem Misstrauen gegenüber Nichtregierungsorganisationen, welche von vielen als Unterstützer der ausländischen „Besatzungstruppen“ und einer Regierung angesehen werden, die nicht das Vertrauen der Bevölkerung hat?

➡ Beiträge Deutschlands zu einem nachhaltigen Wiederaufbau in Afghanistan, Sonntag, 1. Dezember, 14.00 - 19.00 Uhr, Kurt-Schumacher-Haus; Erika-Heß-Saal; Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Teilnahmegebühr: 10 EUR (5 EUR für Komitee-Mitglieder). Anmeldung: rahimsafi@t-online.de

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Hommage in Bildern

Willy Brandt in Fotografien, Comics und auf Briefmarken

Noch bis zum 24. November sind im Willy-Brandt-Haus in der Ausstellung „Stationen“ Fotos aus der Geschichte der Sozialdemokratie zu sehen, darunter auch das berühmte Motiv des knieenden Willy Brandt in Warschau.

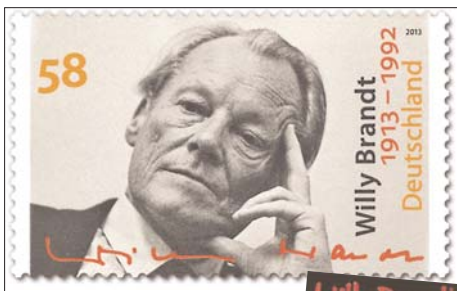
Als die SPD vor 150 Jahren als Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein gegründet wurde, steckte die Fotografie noch in den Kinderschuhen. Nur fotografische Portraits ihrer Führer sind vorhanden: Ferdinand Lassalle, Wilhelm Liebknecht, August Bebel. Das wachsende Selbstbewusstsein spiegeln Gruppenaufnahmen wider. Schließlich wächst mit der Entwicklung der fotografischen Technik das Angebot und die moderne Drucktechnik steigert die Nachfrage der Medien.

Die Reportagefotografie erlaubt bald die Teilnahme an den zentralen Ereignissen, u.a. an den Streiks und Demonstrationen, der Revolution 1918/19, dem gesellschaftlichen Leben der Arbeiterbewegung, der Verfolgung durch die Nationalsozialisten, dem Wiederentstehen der SPD nach 1945, der Ära Willy Brandts und Helmut Schmidts und schließlich an dem erneuten Wahlsieg 1998.

Willy Brandt, dessen 100. Geburtstag am 18. Dezember wäre, steht auch im Mittelpunkt einer eigenen Fotoausstellung, die am 5. Dezember um 19.30 Uhr im Willy-Brandt-Haus eröffnet wird. Die „Hommage in Bildern“ vereint Fotografien von Max Scheler, Robert Lebeck, Thomas Hoepker, und Volker Hinz.

Gehrt wird Willy Brandt auch mit einer Briefmarke, die seit Anfang des Monats für 58 Cent bei den Postämtern erhältlich ist.

Dazu sind mittlerweile zwei Comicbände erschienen, die das Leben Willy Brandts und die wichtigsten Stationen anschaulich beschreiben, wobei der von der Historikerin Helga Grebing mitgestaltete Band „Willy



Eine Sonderbriefmarke und zwei Comicbände sind zu Ehren Willy Brandts erschienen.

Brandt. Eine Comic-Biografie“ vor allem durch seine geschichtliche Genauigkeit besticht. Dafür haben die Bilder häufig eher illustrativen Charakter. Ingrid Sabisch und Heiner Lünstedt halten sich an das übliche Comic-Format und erzählen in den Bildern von Höhepunkten und Schattenseiten im Leben Brandts. Ihr Titel zeigt den Mandoline spielenden, entspannten Willy Brandt, angelehnt an ein bekanntes Foto.

➔ Stationen, Fotos aus der Geschichte der Sozialdemokratie, bis 24. November 2013, Dienstag bis Sonntag 12 bis 18 Uhr | Eintritt frei | Ausweis erforderlich, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr.

➔ Willy Brandt, Ausstellungseröffnung 5. Dezember 2013 19:30, Willy-Brandt-Haus

➔ Ingrid Sabisch/Heiner Lünstedt: Willy Brandt. Sein Leben als Comic, Knesebeck, 112 Seiten, 22 Euro.

➔ Helga Grebing/Ansgar Lorenz: Willy Brandt. Eine Comic-Biografie. vorwärts buch, 80 Seiten, 15 Euro.

KULTURTIPPS

Lange Nacht des Buches in Moabit.

Über 120 hochkarätige AutorInnen und VorleserInnen, die allesamt ehrenamtlich lesen, beteiligen sich an der Langen Nacht des Buches in Moabit, die vom 11. bis 15. November stattfindet. Gelesen wird von Montag bis Freitag an über 50 Orten in ganz Moabit. Gerade durch die unterschiedlichen Leseorte erhält die Veranstaltung ihren besonderen Charme. Denn nicht nur die örtlichen Bibliotheken, Buchhandlungen, Galerien und Theater öffnen ihre Pforten für Autoren und Besucher. Vielmehr sind gerade die ungewöhnlichen Orte, wie Freddy Leck sein Waschsalon, der Frisörsalon Marianne Graff oder das Retro-Möbelhaus einrichtungsmeisterei, wahre Publikumsmagneten und bieten Einblicke in das unverfälschte Kiezleben. Mit dabei ist der Berliner Kriminal- und Heimatautor Horst Bosetzky mit den „Skandalen um Zille“, aber auch Jan-Uwe Fetz mit seinen absurden Geschichten, der mit 50.000 Followern zu den beliebtesten Twitterern und Bloggern Deutschlands zählt. **PM** □

➔ vollständiges Programm unter www.lange-nacht-des-buches.de

Till Reiners bei den Wühlmäusen.

„Da bleibt uns nur die Wut“ heißt das Programm, mit dem Till Reiners am 19. November Station bei den Wühlmäusen macht. Reiners, aufgewachsen am Niederrhein, studierte in Trier Politikwissenschaften, vor allem aber die studentische Theaterszene. Er engagierte sich in der Hochschulpolitik, bevor er als Poetry Slammer durch die Lande zog und dort schon zweimal in Folge zu einem der acht besten des deutschsprachigen Raums gekürt wurde. „Wir sollten die Euphorie nicht den Bierzelten überlassen“, sagt Reiners. **PM** □

➔ 19. November, 20 Uhr, Kabarett-Theater „Die Wühlmäuse“ GmbH, Pommernallee 2-4, 14052 Berlin, Kassentelefon: 030-30 67 30 11, täglich von 10-19 Uhr.